

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Ausgabe 35/24

Wie reden, wenn Hass lodert?



**Damit auch extrem
verfeindete Seiten im
Gespräch bleiben ...**

Experten über Regeln und
Fallen bei Verhandlungen wie
in Doha und Kairo Seite 4

**Irreguläre Migration
auf Höchststand: die
Macht der Schleuser**

Politische Maßnahmen und
deren Wirkung aus Sicht von
Wissenschaftlern Seite 10

**Tschechiens Geheimdienst
soll orthodoxe Kirchen
kontrollieren**

Ein Vorschlag aus dem
Parlament erinnert manchen
an frühere Zeiten Seite 39

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

Seite 13

Wie Menschen ihre Freizeit verschwenden, obwohl sie diese lieber anders verbringen



Seite 16

Die Spitze des ZdK wird zu Gesprächen in Rom erwartet. Der Papst ist allerdings nicht da.



Seite 21

Von Griechenland und Italien verlagert sich Migration bis zu den Kanarischen Inseln



Seite 27

Die Presseschau: Kommentare säkularer und religiöser Medien

Seite 31

Westfalens Kirche in unruhigem Gewässer: Ohne Führung und mit hartem Sparkurs



Seite 41

Zum Tod des Theologen und Philosoph Christos Yannaras: Wahrheit durch Erfahrung



*Titelbild:
Palästinensische und israelische Fahne vor brennendem Hintergrund.*

Foto: Imago/Panama Pictures

KNA-Hintergrund

Analyse, Einordnung, Vertiefung

29. August 2024

Liebe Leserin, lieber Leser!

Am Mittwoch reisten israelische, US-amerikanische und ägyptische Unterhändler nach Katar, um die Terrororganisation Hamas und Israel endlich zu einem Deal zu bewegen. Der soll den Gaza-Krieg beenden und einen noch größeren Konflikt verhindern. Mit dem Dilemma solcher Verhandlungen befasst sich unser Thema der Woche. Sehr empfehlenswert: das Interview, das unsere Jerusalem-Korrespondentin Andrea Krogmann dazu führte.

Dem weltweiten Dauerthema Migration widmen wir zwei Beiträge, einmal aus Spanien und einmal aus Deutschland. Hier wurde unter anderem eine weltweite Umfrage unter Migranten zur Nutzung von Schleusern vorgestellt. Manuel Meyer und Anna Mertens berichten. Raphael Schlimbach hat sich über Unzufriedenheiten im Freizeitland Deutschland informieren lassen. Und Michael Lenz, unser Mann in Asien, wirft einen Blick auf Katholiken dort, die der Papst nicht besuchen kann: in Westpapua, dem christlichen Osten Indonesiens.

Bei der Ökumene sind wir diesmal sehr evangelisch aufgestellt. In Westfalen sucht man erneut nach einem Präses, und in Niedersachsen mehr Kooperation zwischen den Landeskirchen. In Prag sorgt ein Vorschlag für Kritik orthodoxer Kirchen. Und zum Schluss würdigt Nikolaj Thon einen besonderen Theologen. Gute Lektüre! *Ihr Roland Juchem*

Impressum

Geschäftsführerin:

Dr. Andrea Rübenacker

Chefredakteur:

Dr. Bernward Loheide

Stv. Chefredakteur/CvD:

Thomas Winkel

Heinrich-Brüning-Straße 9
53113 Bonn

Telefon: +49 (228) 26 00 00

E-Mail: hintergrund@kna.de

© Copyright 2024 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Mit dem Abonnement ist ein Leserecht verbunden. Für die Weitergabe sowie die Veröffentlichung der Inhalte (auch einzeln oder auszugsweise) und aller darin verlinkten Inhalte der KNA bedarf es eines entsprechenden Nutzungs- und Veröffentlichungsrechts. Bitte fordern Sie dies bei Bedarf im KNA-Vertrieb an: vertrieb@kna.de. Jeder Verstoß wird als Urheberrechtsverletzung gewertet.



Kritiker der Regierung von Benjamin Netanjahu demonstrieren vor dem Hotel, in dem US-Außenminister Antony Blinken abstieg, für ein Ende des Gaza-Kriegs und die Freilassung der Geiseln.

Foto: Imago/Said Qaq

Wie verhandelt man Unmögliches ...

Die USA drängen Israel und Hamas, die „vorerst letzte Chance“ auf einen Waffenstillstand zu nutzen. Doch keine Seite scheint tatsächlich gewillt. Wie können derart verfeindete Seiten im Gespräch bleiben? Dazu Einschätzungen von Experten für extrem schwierige Verhandlungen

Von Roland Juchem und Andrea Krogmann

Jerusalem/Wien/Osnabrück (KNA) „Noch nie gab es derart komplexe und komplizierte Verhandlungen wie die derzeitigen zwischen Israel und der Hamas. Nicht einmal mit der PLO, geschweige denn denen mit Ägypten und Jordanien in den 1990er Jahren.“ An letzteren war Moty Cristal damals beteiligt, er muss es also wissen. Im Interview mit „i24 News“, einem

privaten internationalen TV-Nachrichtensender mit Sitz in Tel Aviv, nannte der ehemalige israelische Offizier und Krisenmoderator einige der Gründe, warum die derzeitigen Verhandlungen in Kairo und Doha so komplex sind: der Krieg im Gazastreifen, dessen drohende Ausweitung in der Region auf den Iran und seine Verbündeten, öffentlicher nationaler wie internationaler Druck sowie Israels Gesellschaft, die inzwischen stark gespalten ist.

Ähnlich skeptisch ist der britisch-israelische Analyst und Friedensaktivist Gerschon Baskin: „Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass der vorliegende Deal nicht gut ist – weder für Israel noch für die Hamas“, sagte er der KNA am Wochenende (Interview rechts). Die Aussichten auf einen Erfolg der Gespräche seien sehr gering. Eines der Probleme sei, so Baskin, dass die Hamas ein Abkommen zum jetzigen Zeitpunkt als Sieg sähe. Ebenso empfinde ein bedeutender Teil der israelischen Gesellschaft es „als Kapitulation, wenn palästinensische Mörder freigelassen und der Krieg beendet würde, bevor die Hamas vollständig vernichtet und (Hamas-Führer Yahya) Sinwar getötet wurde“.

Optimistischer äußerte sich zuletzt US-Außenminister Antony Blinken, der am 18. August eigens nach Tel Aviv flog, um den Abschluss eines Abkommens zwischen Israel und der Hamas zu beschleunigen. Ein zuletzt vorgelegter „Überbrückungsvorschlag“ sei die „vielleicht die letzte Gelegenheit“, einen Waffenstillstand zu erreichen und eine Ausweitung des Krieges zu verhindern. Zuvor hatte US-Präsident Joe Biden eine seltene gemeinsame Erklärung mit den Staats- und Regierungschefs von Ägypten und Katar abgegeben, in der sie das jüngste Treffen anberaumten.

Davor hatten die Verhandlungen zwischen Hamas und Israel monatelang stagniert. Anfang Dezember 2023 hatte es die bisher einzige, einwöchige Waffenruhe gegeben, in deren Verlauf die Hamas mehr als 100 Geiseln aus der Gefangenschaft im Gazastreifen frei ließ und Israel 240 palästinensische Gefangene.

Ende Mai stellte Washington einen neuen Drei-Phasen-Plan vor, dem der UN-Sicherheitsrat mit einer Resolution folgte. Die erste Phase sieht einen sechswöchigen Waffenstillstand und die Freilassung von Geiseln im Austausch gegen Palästinenser vor, die in israelischen Gefängnissen festgehalten werden. Vornehmlich sollen Kinder, Frauen, Alte und Verletzte ausgetauscht werden. Die aus dem nördlichen Gazastreifen vertriebenen Menschen könnten in ihre Häuser zurückkehren, von denen viele in Trümmern

Wie spricht man mit der Hamas, Herr Baskin?

Gerschon Baskin hat mit der Hamas um die Freilassung eines entführten israelischen Soldaten verhandelt. Andrea Krogmann sprach mit ihm auch über die aktuellen Verhandlungen.

KNA: Herr Baskin, wie hat man sich solche Verhandlungen vorzustellen? Sitzen da die beiden Parteien an einem Tisch?

Gerschon Baskin: Das ist eine ziemlich langweilige Sache: Israel und Hamas treffen sich nie direkt, es gibt keine direkten Gespräche. Die finden immer durch dritte Parteien statt. Am nächsten sind sich beide gekommen bei den Schlussverhandlungen zum Schalit-Deal in Ägypten in der Nähe des Flughafens in Kairo, als man in zwei durch einen Innenhof getrennten Zimmern saß und quasi Sichtkontakt hatte. Aber auch da gab es keinen direkten Austausch. Der Mossad-Vertreter David Meidan wollte, dass die Ägypter eine Unterzeichnungszeremonie organisieren, aber Hamas lehnte das ab. Ich denke, dass außer Meidan keiner auf israelischer Seite auf diese Idee gekommen wäre. Er hat allerdings tatsächlich verlangt, dass sie die Dokumente unterzeichnen. In allen früheren Verhandlungen gab es keine unterzeichneten Dokumente.



Gerschon
Baskin
Foto: Andrea
Krogmann/KNA



US-Außenminister Blinken (l.) mit Israels Verteidigungsminister Joav Galant (M.) und Generalstabschef Herzi Halevi (r.) Foto: Imago/Zuma Press Wire

liegen. Derweil würden sich die israelischen Streitkräfte aus den bewohnten Gebieten des Gazastreifens zurückziehen.

Die zweite Phase sieht einen dauerhaften Waffenstillstand und den Austausch der restlichen Geiseln gegen weitere Gefangene vor, während die dritte Phase einen mehrjährigen Wiederaufbauplan für den Gazastreifen und die Rückgabe der sterblichen Überreste der verstorbenen Geiseln vorsieht. Doch seit Monaten liegen Israel und die Hamas in wichtigen Fragen weit auseinander. Einer der Knackpunkte sind zwei Korridore – einer im Süden des Gazastreifens an der Grenze zu Ägypten und einer in der Mitte zum Meer hin –, mit denen Israel etwaige Wiederbewaffnungen unterbinden will.

Wer Verhandlungen führt, beackert drei Felder: Prozess, Personen, Inhalt

Worauf kommt es bei derart hochkonfliktären Gesprächen zwischen Kriegsgegnern oder mit Geiselnnehmern an? Experten teilen die Kunst der Verhandlungsführung in drei Felder, die es zu beackern gilt: Prozess, Menschen, Inhalt. Der Prozess – also Art und Weise des gesamten Vorgehens – sei das Wichtigste, sagt Sonja Rauschütz, Gründerin der Vienna School of Negotiations. Die Verhandlungsberaterin und internationale Mediatorin hat unter anderem An-

Wer sind die Vermittler?

Bis zu diesem Krieg waren es hauptsächlich die Ägypter, aber auch die Kataris haben in den letzten Jahren eine Rolle gespielt. Solche Verhandlungen sind langsam. Die Konfliktparteien können nie sicher sein, dass ihre Nachrichten eins zu eins weitergegeben werden, da sie durch Dritte gefiltert werden, die ihre eigene Agenda haben. Ich habe aus diesem Grund immer an direkte Kanäle geglaubt.

Warum Katar?

Katar hat eine Rolle in Hinterzimmerverhandlungen mit den Taliban und anderen Gruppen gespielt. Der größte US-Armeestützpunkt der Region ist in Katar. Auf der anderen Seite beherbergt Katar die Hamas-Führerschaft und hat sie auch finanziert. Israel sollte eine Verhandlung durch Ägypten vorziehen, mit dem es viel mehr gemeinsame Interessen gibt.

Wie kommunizieren Vermittler mit der Hamas?

Die haben ihre Kommunikationswege auf verschlungenen und komplexen Wegen, wobei keine digitale Kommunikation genutzt wird. Hamas hat Verhandler ernannt, darunter den Stellvertreter von Yahya Sinwar, Khalil al-Hayya, und Ghazi Hamad, die beide vor dem Krieg aus Gaza geschickt wurden. In der Hamas gibt es einen Konsultationsprozess mit der Führung, der über verschiedene Länder verteilt ist: Gaza, Westjordanland, Katar, Beirut und Istanbul. Vor diesem Krieg hat Hamas auch palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen konsultiert. Sie versuchen einen Konsens zu erreichen, auch wenn das nicht immer gelingt. Sobald eine Entscheidung vorliegt, hält man daran fest, mit einem hohen Maß an Disziplin.

Wer spricht für die Hamas?

Die Hamasführung in Doha hat mir gesagt, Yahya Sinwar habe nicht das einzige Wort, aber das

fang der 2000er Jahre Verhandlungsprojekte von Israelis und Palästinensern sowie auf dem Balkan gestartet.

Zum Verhandlungsprozess gehören das Setting der Gespräche wie auch die Reihenfolge der angesprochenen Themen. „Wer sich gegenüber sitzt, verstärkt die Fronten“, warnt Rauschütz. Erfolgversprechender als die oft gezeigten langen Verhandlungstische seien rundliche Arrangements, wobei Verhandlungsführer ihre Berater neben sich brauchen, um kurz und leise etwas klären zu können.

Zum Werkzeugkasten guter Verhandlungen gehören weiter gemeinsame Arbeitsgruppen von Experten, denn die stehen weniger unter Druck. „Es gilt möglichst viele Spielräume mit kontrollierten Chancen zum Reden zu schaffen“, sagt Rauschütz: Gelegenheiten für Spaziergänge oder Geplauder abends an einer Bar, die Zahl der Pausen – all dies kann Gespräche und mögliche Lösungswege erleichtern. Und wann werden welche Themen angesprochen? Zu Beginn ein paar leichtere Fragen, um erste schnelle Erfolge zu haben, rät die Mediatorin. Dann die harten Nüsse, die Zeit und Ausdauer verlangen. Weswegen diese Themen besser abseits des Verhandlungstischs angesprochen werden, mit weniger Druck, um mehr Ideen zu finden.

Wer Verhandlungsprozesse steuert, muss zudem die unterschiedlichen Player und Gesprächsfäden im Blick behalten: politische Vorgaben durch Regierungen, die auf Wahlen, Umfragen oder die Opposition



*Sonja Rauschütz von der Vienna Scholl of Negotiation
Foto: Wiener Schule der Verhandlungsführung*

letzte Wort. Der derzeitige Sprecher der Hamas ist Osama Hamdan. Wenn er spricht, ist dies die offizielle Position der Hamas.

Wenn es ohnehin keine direkten Gespräche gibt, warum schickt Israel seine Verhandlungsdelegation dennoch nach Kairo und Doha?

Man will im selben Raum zu sitzen. Es geht um sehr sensible Angelegenheiten, und man muss bewerten, bis zu welchem Maß man denen vertrauen kann, mit denen man arbeitet. Man muss eine persönliche Beziehung aufbauen. Normalerweise basieren Abkommen auf Vertrauen.

Ein Vertrauen, das es zwischen Hamas und Israel nicht gibt ...

Es gibt kein Vertrauen und auch keinen Grund, warum es Vertrauen geben sollte. Die Israelis vertrauen im Wesentlichen den USA, wenn auch nicht vollkommen. Die Beziehung zwischen Netanjahu und Biden ist kompliziert. Heute gibt es einen direkten Konflikt zwischen der Biden-Regierung und Netanjahu. Sowohl Biden und Blinken haben versucht, einen positiven Dreh hineinzubringen, dass Netanjahu den amerikanischen Kompromissvorschlag akzeptiert habe. Am Tag darauf hatte Netanjahu ein Treffen mit rechtsgerichteten Gruppierungen und sagte das genaue Gegenteil.

Was ist Ihre Lesart dieses Verhaltens? Versuchen Biden und Blinken Druck auf Israel auszuüben oder versucht Netanjahu, einem Abkommen zu entkommen?

Die Amerikaner werden Israel unterstützen, wenn die Hisbollah oder der Iran angreifen sollten. Darüber hinaus verfügen sie über eine ultimative Drohung, die sie meines Wissen nach noch nicht eingesetzt haben, oder wenn, dann nur hinter verschlossenen Türen, wo sie viel weniger effektiv ist: Zwei Dinge – ihr Veto in der UN und anderen internationalen Arenen und ein Ende der Waffenlieferung im Gazakrieg. Das wäre der schnellste

schielen, mögliche Nebenabsprachen sowie das Hin und Her öffentlicher Äußerungen. Solches gab es zuletzt zwischen Blinken, Netanjahu und Hamas-Sprechern zum Stand der Verhandlungen.

Und am Ende? „Vereinbart wird nur im Paket“, rät Rauschütz, „um ‚Bargaining-Chips‘ für noch offene schwierige Punkte zu haben.“ Teilergebnisse sollten festgehalten, aber noch nicht abschließend vereinbart werden. Von der Tugend des besten Sitzfleischs in nächtelangen Verhandlungen hält die Expertin wenig. „Das ist gut für öffentliche Statements an die eigene Klientel“, meint sie – etwa nach Tarifverhandlungen von Gewerkschaften und Arbeitgebern oder Brüsseler Ministertreffen. Für ein möglichst professionelles Ergebnis in der Sache seien ausgeschlafene und konzentrierte Verhandler aber besser.

Natürlich ist es besser, wenn Verhandlungspartner sich persönlich treffen – als wie Kriegsgegner nur über Mittelsleute zu sprechen. Aber auch im ersten Fall ist eine Vermittlung ratsam – und zwar dann, „wenn der Prozess nicht mehr von den Verhandlungspartnern gestaltet werden kann“. Vorgeschlagen werden Vermittler oft von dritter oder vierter Seite und müssen von beiden Seiten akzeptiert sein. „Am besten ist ein Team“, sagt Rauschütz, „einer



Auch bei den Verhandlungen zum Westfälischen Frieden 1648 wurden Zwischenergebnisse per Handschlag festgehalten – bis zur endgültigen Unterschrift.

Illustration: Peter Eickmeyer; Foto: R. Juchem/KNA

und beste Weg, den Krieg zu beenden. Die Frage ist, wie ernst Netanjahu Biden nimmt. Ich würde Netanjahu daran erinnern, dass es zwei amerikanische Präsidenten gibt, die zwischen dem Wahltag und der Vereidigung des neuen Präsidenten signifikante Schritte gegen Israel erlassen haben: Reagan, der den direkten Dialog mit der PLO initiierte, und Obama, der sich bei jener Resolution des UN-Sicherheitsrats enthielt, die Siedlungen als Verstoß gegen internationales Recht anerkannte.

Spielt Netanjahu auf Zeit, bis möglicherweise Donald Trump gewählt wird?

Das ist ein Punkt. Das andere Stück, an dem Netanjahu meines Erachtens arbeitet, ist die Tötung Sinwars. So könnte er ein Abkommen mit der Hamas schließen und es als Sieg darstellen, nachdem er Sinwar getötet hat. Das größte Problem dabei ist, dass es keine Garantie gibt, dass irgendeine der Geiseln dann noch am Leben ist. Es ist ein großes Glücksspiel.“

Interview: Andrea Krogmann.

oder mehrere kümmern sich um das Setting, andere um die beteiligten Personen, weitere um Themen, und Kommunikation.“

Noch heikler wird die Vermittlerrolle, wenn Gegner nicht persönlich miteinander reden. Konfliktparteien, so Rauschütz, wollten genau wissen, welchen Hintergrund mögliche Vermittler mitbringen: Erfahrungen, Allianzen, Eigeninteressen ... Zwischen Israel und Hamas gebe es keine direkten Gespräche, sagt Baskin. Bisher hätten vor allem ägyptische und katarische Diplomaten vermittelt, teils auch US-Amerikaner. Dabei könnten die Konfliktparteien aber „nie sicher sein, dass ihre Nachrichten eins zu eins weitergegeben werden, da sie durch Dritte gefiltert werden, die ihre eigene Agenda haben“.

So sind die US-Amerikaner als Partner und Waffenlieferant Israels nicht nur für Beobachter in der ara-

bischen Welt kein neutraler Vermittler. Tamer Qarmout, Politikwissenschaftler am Doha Institute for Graduate Studies, nennt Washingtons Vermittlung im Gaza-Krieg eher „Optik als einen ernsthaften Vorstoß für den Frieden“. Joe Biden habe vor allem auch pro-palästinensische US-Wähler im Blick, die von den Demokraten desillusioniert seien, schrieb er in einem Beitrag für das Portal „Al Jazeera“.

Katar, das einerseits den größten US-Armeestützpunkt der Region und andererseits die Hamas-Führung beherbergt – und diese auch finanziert, sei ebenso wenig ein neutraler Vermittler, meint Baskin. Dafür habe das Emirat zu viele eigene Interessen im Spiel. Die meisten gemeinsamen Interessen sieht er zwischen Israel und Ägypten. Immerhin sind Ägypten und Kataris mit den kulturellen Eigenheiten des Nahen Ostens vertraut. Eine für Vermittler ebenfalls wichtige Voraussetzung.

„Wenn's wirklich wichtig wird, schicken wir eine Frau.“

„Bei Verhandlungen auf dem Balkan etwa tun wir Österreicher uns leichter als ihr Deutsche, weil wir manches Unausgesprochene besser erkennen“, sagte Rauschütz. Auch die Frage, wie viel Drama – lautes Reden, Schreien, den Raum verlassen – eine Verhandlung braucht, sei kulturell sehr verschieden, ebenso die Frage, wie gesichtswahrend jemand aus einer Zwickmühle herauskommt. Beides spielt in südlichen Regionen eine größere Rolle als im Norden. US-Amerikaner und Deutsche wie auch Briten seien in ihren Positionen härter und unflexibler. Ihnen ist der Inhalt des Gesagten wesentlich wichtiger als die Art, wie es vorgetragen wird. Auf der Gegenseite führt dies oft zu Missmut und Blockaden. Kommt gar Demütigung ins Spiel, können Rachegefühle jeglichen Pragmatismus überwiegen.

Wie ist es mit Frauen am Verhandlungstisch? „Warum soll ich mir eine Hand auf den Rücken binden, wenn ich mit beiden Armen arbeiten kann?“, fragt Rauschütz zurück. In Ungarn etwa heiße es: „Wenn's

wirklich wichtig wird, schicken wir eine Frau.“ Auch im arabischen Raum habe sie oft „hoch gebildete Palästinenserinnen erlebt, bei denen die Männer sehr aufmerksam zuhören“. Sie selbst habe als Vermittlerin erlebt, „dass ich als Frau weniger bedrohlich wirke und mir Leute deswegen mehr erzählen. Zudem haben viele Frauen eine stark intuitive Seite; da muss nicht alles ausgesprochen werden.“

Eine grundlegende und oft sehr schwierige Aufgabe ist es, die Verhandlungsparteien davon abzuhalten, abseits des Verhandlungstisches oder Gesprächs Fakten zu schaffen. In der Verhandlungstechnik spricht man von der „Best Alternative To a Negotiated Agreement“, nach der Parteien vor allem in schwierigen Verhandlungsphasen suchen. „Bleibe ich am Tisch/im Gespräch – oder kann ich außerhalb mehr für mich erreichen?“, laute die kritische Frage.

In Kairo und seit Mittwoch in Katar lautet daher eine Frage: Über welche militärischen Schläge oder andere Maßnahmen sinnen Tel Aviv oder Gaza nach, um die Verhandlungen in ihre Richtung zu lenken oder gar zu boykottieren? Die Tötung von Hamas-Führer Ismail Haniyeh in Teheran mutmaßlich durch den Mossad war sicher ein solcher Akt: Netanyahu bescherte er auch einen innenpolitischen Erfolg für das erklärte Ziel, die Hamas zu vernichten. Auf deren Seite hingegen bewirkte es eher eine Radikalisierung, zumal Haniyeh ein besserer Verhandlungspartner gewesen sein soll als Sinwar.

Vertrauen als Voraussetzung für Verhandlungen hält Krisenmoderator Moty Cristal nicht für notwendig. Es gebe durchaus „eine Freiheit zu hassen“. Am Ende des Tages müssten beide Seiten keine Freunde sein, um ein Geschäft abzuschließen oder einen Konflikt zu lösen. Männer wie David Barnea, Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad, und Ronen Bar, Leiter des Inlandsgeheimdienstes Shin Bet, wissen darum sicher genauso wie der US-Nahost-Koordinator Brett McGurk und CIA-Chef William J. Burns, die zuletzt nach Kairo gekommen waren. Um über katarische und ägyptische Mittelsmänner mit Hamas-Leuten in Beirut, Doha und den Tunneln unter Gaza zu reden.

Die Macht der Schleuser

Kleidung, Dokumente und Schlafsäcke von Flüchtlingen liegen auf dem Boden in einem Wald in der Nähe von Narewka (Polen). Die Stelle ist bekannt als Treffpunkt mit Schleusern.

Foto: Kasia Streck/KNA

Irreguläre Migration hat im vergangenen Jahr einen Höchststand erreicht. Schleuser spielen dabei eine entscheidende Rolle. Aus Sicht der Politik greifen erste Maßnahmen gegen die Kriminellen. Wissenschaftler sind skeptischer: Je mehr Schleuser kriminalisiert würden, desto professioneller agierten sie.

Von Anna Mertens

Berlin (KNA) Sie werben auf Instagram oder TikTok, sie kommunizieren über Telegramm oder WhatsApp: Für Schleuser sind Messengerdienste und Soziale Medien sowohl Werbekanäle als auch Bewerberkanäle. Denn wer versucht aus Afrika oder dem Mittleren und Nahen Osten nach Europa zu kommen, braucht sie und nutzt sie. Und wer daran mitverdienen will, ebenfalls. Denn

die Mehrheit an Flüchtlingen und Migranten weltweit greift einer Umfrage zufolge auf Angebote von Schleusern zurück. Das Geschäft mit der Flucht boomt.

Über 60 Prozent nutzen Schleuserdienste

In einer seit 2019 fortlaufenden Befragung des Mixed Migration Centre unter mehr als 60.000 Flüchtlingen weltweit geben mehr

als 60 Prozent an, wenigstens für einen Teil ihrer Flucht Schleuserdienste genutzt zu haben – vor allem, um Landesgrenzen zu überwinden sowie für den Transport innerhalb der Reiseländer. Flucht oder Migration sei oft ein längerfristiges Projekt mit mehreren Etappen, vielen Helfern und Helfershelfern, so die Erhebung des Mixed Migration Center, eines weltweit tätigen Forschungsnetzwerks mit Standorten in Kopenhagen, Brüssel und Genf.

Förderer sind unter anderen die Internationale Organisation für Migration, die EU und mehrere UN-Organisationen.

Laut Befragung haben unter denen, die in Europa ankamen, sogar mehr als 90 Prozent Schleuser genutzt. Wobei das Mixed Migration Centre nach eigenen Angaben den Begriff Schleuser weit fasst und nicht alle bezahlten Hilfeleistungen als kriminell bewertet. Für zwei Drittel der Befragten waren Schleuser eine Hilfe, für ein gutes Drittel aber auch Tücke – wenn Schleuser falsch informierten und in die Irre führten. Grundsätzlich geht aus den Daten aber auch hervor, dass neben Familienangehörigen und Freunden Schmuggler die Hauptinformationsquelle vor und während der Flucht sind.

Kleintransporter sind billig und leicht zu haben

Der aktuelle Jahresbericht des Bundeskriminalamts bestätigt die maßgebliche Rolle von Schleusern in der Migration: So gab es 2023 einen starken Anstieg illegaler Migration nach Europa. Deutschland bleibt dabei das Hauptziel in der EU. Insgesamt wurden 7.924 Einschleusungen nach Deutschland polizeilich registriert. Das entspricht einem Anstieg von rund 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Um über dem Landweg nach Deutschland zu kommen, nutzen Schleuser gerne Kleintransporter, in denen möglichst viele Migranten bei teils großer Hitze und wenig Sauerstoff und Nahrungs-

mitteln über die Grenze gebracht werden. Die Hürden an solch ein Fahrzeug zu kommen, sind niedrig.

Wie aus dem ebenfalls jüngst veröffentlichten Jahresbericht der Bundespolizei hervorgeht, wurden mit 127.549 festgestellten unerlaubten Einreisen im vergangenen Jahr ein erneuter Höchstwert seit 2016 erreicht. Er lag um 39 Prozent höher als 2022. Dabei blieb für Deutschland die Balkanregion die Hauptroute, hier waren es neben Syrern und Afghanen vermehrt Türken, die nach Deutschland einreisten. Etwa 40.000 der unerlaubt eingereisten Personen bezeichnet die Polizei als „Geschleuste“, hinzu kommen rund 3.000 aufgegriffene Schleuser.

In diesem Jahr zeichnet sich bislang ein etwas anderes Bild. Die Zahl illegaler Einreisen in die EU

ist Medienberichten zufolge deutlich, um nahezu ein Drittel, gesunken. Grund für den Rückgang ist demnach die Eindämmung der Bootsmigration nach Italien um 63 Prozent zum Vorjahreszeitraum. Das sei insbesondere auf Migrationsmanagement und Anti-Schlepper-Operationen der libyschen und tunesischen Behörden zurückzuführen, heißt in einer Lageanalyse der EU-Kommission. Unter der rechten Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte Italien zuletzt seine diplomatischen Beziehungen sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den beiden nordafrikanischen Staaten intensiviert.

Dazu passt der deutlichen Rückgang an Asylerstanträgen, die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Deutschland gestellt wurden. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Minus



*Leere
Migranten-
boote im
Hafen von
Lampedusa
(Italien)
Foto: Frances-
co Pistilli/KNA*

von rund 20 Prozent. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte bereits im April erklärt, sie sehe erste Erfolge einer konsequenteren Asylpolitik. Bei Grenzkontrollen etwa seien seit Oktober des vergangenen Jahres Hunderte Schleuser festgenommen und mehr als 17.000 unerlaubte Einreisen verhindert worden, erklärte sie.

„Irreguläre Migration lässt sich nicht stoppen“

Experten sehen die bisherigen Maßnahmen gegen Schleuserkriminalität kritisch. Je mehr gegen Schleuser vorgegangen werde durch Kriminalisierung, das Abriegeln von Grenzen und erschwerte Migrationswege, desto

professioneller agierten sie. Oder, wie es der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Migration und Integration, Hans Vorländer, im Gespräch mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) formuliert: „Die Vorstellung, dass man irreguläre Migration einstellen kann, ist irrig.“

Je mehr an Grenzen kontrolliert wird und Flüchtlinge Gefahr laufen, entdeckt zu werden, desto mehr verlagern sich aus Sicht der Experten Fluchtrouten, werden riskanter und gefährlicher. Dies wiederum nutzten Schleuser für ihre Zwecke. Und ließen sich für Wissen und Dienste teuer bezahlen. Es liege auch nahe, so Vorländer, dass etwa die geplante Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten, wie es Italien in

Albanien plant, die irreguläre Migration erst einmal weiter ansteigen lasse.

Abkommen für reguläre Migration

Für Vorländer, der das Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der TU Dresden leitet, gibt es nur eine Möglichkeit, dem Problem einzudämmen. „Wir brauchen Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitländern, um reguläre Arbeitsmigration zu ermöglichen.“ Und auch bei Personen mit Schutzstatus müsse etwa über Kontingente die Einreise erleichtert werden, meint der Wissenschaftler. Aber: „Eine schnelle Lösung gegen die Schleuserkriminalität gibt es nicht.“



Wer fort will, findet meist einen Weg: Ein Mann versucht am Strand in Tijuana (Mexiko) über den Grenzzaun nach San Diego (USA) zu klettern.
Foto: Tobias Käufer/KNA



Freizeit- verschwendung

Flucht ins Digitale und der Wunsch nach mehr Natur: Für viele Deutsche ist die Gestaltung der Freizeit herausfordernd. Das belegt der „Freizeit-Monitor“ für 2024. Zukunftsforscher Ulrich Reinhardt erklärt, warum das so ist.

Von Raphael Schlimbach

Hamburg (KNA) Der Deutschen liebste Freizeitbeschäftigung ist es, im Internet zu surfen. So lautet eines der Ergebnisse des aktuellen „Freizeit-Monitors“ der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen, der am Dienstag in Hamburg vor-

gestellt wurde. In Zahlen: 96 von 100 Befragten nutzen regelmäßig das Internet – öfter als jede andere Aktivität. Dabei scheint das nicht wirklich gewollt. Denn die meisten Teilnehmer erklärten in derselben Umfrage, ihre Freizeit möglichst ohne digitale Medien gestalten zu wollen.

Trotzdem liegen auf den ersten Plätzen der tatsächlich ausgeführten regelmäßigen Beschäftigungen (mindestens einmal pro Woche) in diesem Jahr vor allem technische Aktivitäten. Außer ins Internet schauen etwa 84 von 100 Befragten Fernsehen, 82 hören Musik und 78 beschäftigen



Eigentlich ... wollen viele öfter raus an die frische Luft..

Foto: Paul Sklorz/KNA

sich mit Computer, Laptop oder Tablet.

Gleichzeitig liegen digitale Medien bei der Frage, welche Freizeitaktivitäten zu kurz kommen, weit hinten. Im Gegenteil wünschen sich 73 Prozent der Befragten jeweils mehr Zeit zum Ausschlafen oder in der Natur. 66 Prozent würden gerne öfter spazieren gehen oder außerhalb der eigenen vier Wände mit Freunden etwas unternehmen (65 Prozent). Immerhin mit dem Buch, das 60 Prozent gerne öfter zur Hand nähmen, hat es ein Medium in diese Liste geschafft.

Für den wissenschaftlichen Leiter der Stiftung, Ulrich Reinhardt, ist klar: „Die Bürger suchen verstärkt nach Erholung, sozialer Nähe und aktiven Erlebnissen.“ Dabei stünden diese Wünsche im Kontrast zur oft digitalen und hektischen Realität und „unterstreichen den

Wunsch nach Balance und Wohlbefinden in einer schnelllebigen Welt.“

Nach Ansicht der Experten suchen Menschen vor allem deshalb nach sozialen Erlebnissen, weil sie in Zeiten von Homeoffice und zunehmender Individualisierung Beziehungen zu anderen aufbauen wollen. Es gehe um Nähe und darum, gemeinsam zu lachen oder etwas



Ulrich Reinhardt

Foto: M. Kuhn

zu erleben. Auf der anderen Seite biete die Natur einen Ausgleich zum oft bewegungsarmen Alltag und die Möglichkeit, Energie zu tanken.

Viele kriegen den Hintern nicht hoch

Aber warum gestalten die Deutschen ihre Freizeit dann nicht natürlich und sozial, sondern digital? „Das liegt an der Bequemlichkeit. Das Internet kann ich überall, jederzeit nutzen, auch zu Hause auf dem Sofa. Ich will nicht sagen, die Deutschen kriegen den Hintern nicht hoch, aber ein Stück weit stimmt das schon“, meint Reinhardt. Der Spagat zwischen Wunsch und Wirklichkeit werde dabei immer größer.

Eine Folge der zunehmenden Nutzung von Internet und Medien ist



Fitness liegt schon lange im Trend. Viele treiben ihren Sport aber lieber allein als im Verein.
Foto: Paul Sklorz/KNA

laut Reinhardt die Tatsache, dass Menschen ihre bequeme, digitale Lebensweise kompensieren wollen. Viele versuchten, sportlich und gesund zu bleiben. Spazieren gehen (bei 54 Prozent) oder generelles Sporttreiben (bei 47 Prozent) seien für Menschen ein fester Bestandteil der Freizeit geworden.

Zahl der Fitnessstudio-Nutzer verdoppelt

Die Zahl der Befragten, die regelmäßig ins Fitnessstudio gehen, habe sich seit 2014 von 9 auf 18 Prozent verdoppelt. Neu sei seit einigen Jahren auch die Bereitschaft der Menschen, zu Hause Sport zu treiben. Für 2024 gab das fast ein Drittel der Personen an.

„Ich glaube, wir suchen heute nach Optimierung, in der Arbeit,

beim Körper und in der Freizeit und damit auch ein Stück weit für die eigene Gesundheit“, glaubt der wissenschaftliche Leiter. Sport schaffe dabei einen gefühlten Kontrast zum Alltag, in dem die Leute viel sitzen. „Dieser Sport ist heute individuell geprägt. Man geht ins Fitnessstudio, Joggen oder Spazieren und nicht mehr zum Vereinssport. Es steht nicht mehr das Soziale im Vordergrund, sondern etwas für sich selbst zu tun.“

Wenig Glücksspieler und Kirchgänger

Eine klare Tendenz weist der aktuelle „Freizeit-Monitor“ auch bei Aktivitäten auf, die Befragte nie ausüben. 82 von 100 Befragten gingen demnach zum Beispiel nie in eine Spielhalle oder in ein Wettbüro. 58 von 100 Personen besuchten zudem nie einen Gottesdienst. Generell ist die Zahl der

regelmäßigen Gottesdienstbesucher in den vergangenen Jahren deutlich gesunken – von 21 Prozent 2007 auf aktuell 12 Prozent. Den Rückgang führt Reinhardt weniger auf die Skandale der Kirchen, wie etwa Missbrauch, zurück – wenn diese auch sicher für hohe Austrittszahlen verantwortlich seien. Heute sei eher fraglich, ob Gottesdienste noch attraktiv für alle sind. „Es kommen eher die älteren Generationen und die sterben eben auch weg“, so Reinhardt.

Es sei eine Herausforderung, die Feiern für jüngere Menschen offenzuhalten, die auch andere Bedürfnisse mit sich brächten: „Nehmen wir mal so was Banales wie eine Sonntagsmesse um 10 Uhr. Das ist für junge Familien etwa eine Herausforderung.“ Zudem lege die Jugend einfach weniger Wert auf das geistliche Leben.

Die BAT-Stiftung erstellt den Freizeit-Monitor seit 1982. Für 2024 wurden den Angaben zufolge im Juli und August über 3.000 Bundesbürger im Alter über 18 Jahren repräsentativ online befragt.

[Link zum Freizeit-Monitor](#)



Späte Reise nach Rom

Foto: Cristian Gennari/R. Siciliani/KNA

Seit über acht Jahren war kein Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken mehr im Vatikan. Nun wird die Spitze des ZdK zu Gesprächen in Rom erwartet. Der Papst ist allerdings nicht da.

Von Ludwig Ring-Eifel

Vatikanstadt (KNA) Die Spitze des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) wird am 2. September zu Gesprächen im Vatikan erwartet. Teilnehmen werden ZdK-Präsidentin Irme Stetter-Karp, Generalsekretär Marc Frings sowie die Vizepräsidenten Wolfgang Klose, Claudia Nothelle und Thomas Söding. Der Aufenthalt soll bis zum 4. September dauern.

Es ist der erste Vatikan-Besuch der im November 2021 gewählt

ten ZdK-Präsidentin und der erste nach den fünf Vollversammlungen des Synodalen Wegs in Deutschland (2020–2023). Zuletzt war Stetter-Karp am Rande der Weltsynode zum Thema Synodalität im Oktober 2023 in Rom gewesen, offizielle Treffen mit vatikanischen Stellen gab es damals jedoch nicht.

Ihr Vorgänger Thomas Sternberg war bereits im ersten Jahr seiner Amtszeit, Anfang Mai 2016, zu einem Besuch nach Rom gekommen. Im Jahr zuvor war sein Vorgänger Alois Glück ebenfalls

im Vatikan gewesen. Sternberg sprach seinerzeit mit mehreren damals an der Kurie wichtigen deutschen Kardinälen und Bischöfen wie Gerhard Ludwig Müller, Walter Kasper und Josef Clemens. Auch Papst Franziskus traf er – allerdings nur kurz am Ende einer Mittwochs-Generalaudienz.

Deutsche in führenden vatikanischen Ämtern gibt es aktuell kaum noch – der Höchststrangige ist der „Delegat“ in der Evangelisierungsbehörde, Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst. Und weil Papst Franziskus am selben Tag,



Dikasterium für die Glaubenslehre an der Piazza dell Sant'Ufficio
Foto: Francesco Pistilli/KNA

an dem die ZdK-Delegation eintrifft, von Rom aus zu einer langen Ostasienreise aufbricht, werden wichtige Kurienchefs nicht im Vatikan, sondern mit dem Papst unterwegs sein.

Dennoch werden sich die deutschen Laien-Katholiken in Rom nicht auf Sightseeing-Termine rings um den Petersdom beschränken müssen. Wie es heißt, sind Gespräche in mehreren wichtigen Vatikan-Abteilungen geplant, darunter in der Evangelisierungs- und in der Glaubensbehörde. Auch ein Termin im Dikasterium für die Auslegung von Gesetzestexten ist vorgesehen. Bei allen Stationen wird die ZdK-Spitze Gelegenheit haben, Reformideen des Synodalen Wegs darzulegen, von denen manche in Rom mit großer Skepsis gesehen werden.

Unter anderem hatte der Vatikan in den vergangenen Jahren wiederholt in öffentlichen Schreiben darauf hingewiesen, dass ein neues Gremium, in dem Laien und



An der Via della Conciliazione ist ein Teil der Evangelisierungsbehörde
Foto: Romano Siciliani/KNA



Foto: Dieter Mayr/KNA

Irme Stetter-Karp



Foto: Harald Oppitz/KNA

Marc Frings



Foto: Gordon Welters/KNA

Wolfgang Klose

Bischöfe gleichberechtigt über kirchliche Grundsatzfragen entscheiden, der katholischen Lehre und dem Kirchenrecht widersprechen würde.

Kurie: „Synodaler Rat“ ist nicht zulässig

Zuletzt hatten führende Kurienkardinäle, darunter Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin und der Glaubenspräfekt Kardinal Victor Fernandez bei einem Spitzentreffen mit vier deutschen Bischöfen in Rom im Juni darauf bestanden, dass der Name „Synodaler Rat“ nicht zulässig und ein derartiges Gremium „nicht über der Bischofskonferenz steht oder gleichrangig mit ihr ist“.

Die Schaffung eines Gremiums, in dem die katholischen Laien, vertreten durch das ZdK, gleichberechtigt mit beraten und entscheiden, gehört aber zu den Kernforderungen des deutschen Synodalen Wegs. Diese gemeinsame Versammlung von deut-

schen Bischöfen, Laien, Priestern und Ordensleuten hatte eine solche neue Leitungs-Institution mit großer Mehrheit gefordert. Zur Begründung hieß es damals, nur eine echte Gewaltenteilung zwischen Geistlichen und Nichtgeweihten könne den Missbrauch klerikaler Macht – und damit auch den sexuellen Missbrauch in der Kirche – wirksam verhindern.

Nur zur Kenntnis nehmen wird nicht gehen

Mehr als ein wechselseitiges Vortragen und das Zur-Kennntnis-Nehmen der jeweiligen Standpunkte wird bei den Treffen kaum möglich sein. Aber immerhin wäre es das erste Mal überhaupt, dass eine ZdK-Delegation Anliegen des Synodalen Wegs in Rom vorträgt. Bislang hatten dies immer nur die deutschen Bischöfe getan. Der von Bischöfen und Laien wiederholt geäußerte Wunsch, der Vatikan möge doch bitte auch einmal das aus Stetter-Karp und dem Bischofskonferenz-Vorsitzen-

den Georg Bätzing bestehende Präsidium des Synodalen Wegs gemeinsam empfangen, wurde bislang stets kommentarlos übergangen.

Neben vatikanischen Gesprächspartnern wird die ZdK-Spitze den deutschen Kinderschutz-Experten Hans Zollner, einen Vertreter der Gemeinschaft Sant’Egidio sowie den Repräsentanten des World Jewish Congress in Rom treffen. Ferner steht dem Vernehmen nach auch ein informelles Treffen mit Mitarbeitern der Römischen Kurie auf dem Programm, das von der Deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl organisiert wurde. An der Vorbereitung der gesamten Reise wirkte die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung mit, die eine eigene Vertretung in Rom unterhält.

Foto: Gordon Welters/KNA



Claudia Nothelle

Foto: Gordon Welters/KNA



Thomas Söding

Foto: Bert Bostelmann/KNA



Führt auch er nach Rom ...?

Gabriel Adrianyi, ungarisch-deutscher Kirchenhistoriker, ist am 10. August in Budapest im Alter von 89 Jahren gestorben. Von 1976 bis 2000 war Adrianyi an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn Ordinarius für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte. Mit Exkursionen und Vorlesungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas bemühte er sich zur Zeit des Kalten Krieges und nach der Wende von 1989 um Brückenschläge zwischen Ost und West. Gleichzeitig gehörte er zu den Kritikern der sogenannten vatikanischen Ostpolitik der 1960er und 70er Jahre.



Foto: Birgit Wilke/KNA

Christine Bergmann, Senatorin, Ministerin und erste Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, wird am 7. September 85 Jahre alt. Die SPD-Politikerin wurde 1991 ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt und schließlich Senatorin für Arbeit und Frauen. Von 1998 bis 2002 war sie Familienministerin in der ersten rot-grünen Bundesregierung. 2010 ernannte Bundeskanzlerin Angela Merkel sie zur ersten Missbrauchsbeauftragten. Ende 2023 gab sie ihren Sitz in der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs ab.

Pater **Herbert Bihlmayer**, ehemaliger Provinzial der Salesianer Don Boscos, ist am 27. August nach langer Krankheit im Alter von 89 Jahren gestorben, wie der Orden mitteilte. Man verliere einen engagierten und visionären Mitbruder, Priester und Pädagogen. Ein bleibendes Vermächtnis stelle die von ihm 2001 gegründete Don Bosco Stiftung dar.



Foto: privat

Inês Paulo Albino (55), aus Guinea-Bissau stammende Ordensfrau, ist neue Generalsekretärin des weltweiten Päpstlichen Kindermissionswerks. Die Westafrikanerin folgt der italienischen Ordensfrau Roberta Tremarelli nach, die das Werk seit 2017 geleitet hatte. Das Päpstliche Missionswerk der Kinder wurde 1843 in Frankreich gegründet und ist in Deutschland vor allem durch die alljährliche Sternsinger-Aktion bekannt.



Foto: Vat. Media/KNA

Papst **Franziskus** (87), Oberhaupt der katholischen Kirche, schätzt den Wein aus dem Piemont. Das verriet er bei einer Audienz. Die Region Asti zählt zu den größten Weinbaugebieten Italiens und ist im Ausland vor allem wegen der dort hergestellten Schaumweine bekannt. Die Familie des Papstes stammt außerdem dort.

Miguel Helm, Marius Elfering und **Patrick Forbes** sowie die Journalistin Lena Gilhaus erhalten den diesjährigen Katholischen Medienpreis. Den mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis bekommt Helm für das in der „Zeit“ veröffentlichte Dossier „Staatsziel: Alle wegsperren!“, wie die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn mitteilte. In dem Beitrag gehe es um die Schattenseiten der Regierung in El Salvador.



Foto: Ludger Möllers/KNA

Volker Kauder, langjähriger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, wird am 3. September 75 Jahre alt. Kauder war

von 1990 bis 2021 Mitglied des Bundestages und stand rund 13 Jahre an der Spitze der Fraktion, so lange wie kein anderer vor ihm. Er ist überzeugter Protestant, engagiert sich für verfolgte Christen und machte sich auch für einen Beauftragten für Religions- und Weltanschauungsfreiheit der Bundesregierung stark.

Michael Krause (56), evangelischer Pfarrer, hat seine Kandidatur als Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen zurückgezogen. Hintergrund seien Hinweise auf Verstöße gegen das Gebot, persönliche Grenzen einzuhalten, wie das westfälische Landeskirchenamt mitteilte. (Siehe auch [Seite 31](#)).

Max Mälzer (41), Jurist, übernimmt zum 1. September die Hauptgeschäftsführung des Verbandes diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD). Er folgt auf Ingo Dreyer (64), der nach gut 25 Jahren die Aufgabe abgibt. Mälzer wird gemeinsam mit Rolf Baumann, dem stellvertretenden Geschäftsführer und Bereichsleiter Ökonomie, die Geschäftsstelle des Bundesverbandes leiten.



Dominicus Meier (65), neu ernannter katholischer Bischof

von Osnabrück, hat in Hannover seinen Treueid auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands abgelegt. Wie im Vertrag zwischen Niedersachsen und dem Vatikan festgelegt, sprach Meier vor Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) die Eidesformel. Am 8. September wird Meier in sein neues Amt eingeführt.

Melchior Shi Hongzhen (95), katholischer Bischof von Tianjin, ist von der chinesischen Regierung anerkannt worden. Der Heilige Stuhl nehme diesen Vorgang mit Befriedigung zur Kenntnis, heißt es in einer Mitteilung des Vatikans. Möglicherweise war die Anerkennung des Bischofs, der jahrelang unter Hausarrest lebte, ein Ergebnis vieler Annäherungsversuche des Vatikans. Shi Hongzhen ist seit 2019 Bischof der Diözese Tianjin mit etwa 56.000 Katholiken; er unterstützte schon zuvor knapp 40 Jahre lang als Koadjutor-Bischof seinen Vorgänger in der Bistumsleitung.

Erwin Teufel, früherer baden-württembergischer Ministerpräsident, wird am 4. September 85 Jahre alt. Der CDU-Politiker war von 1991 bis 2005 Ministerpräsident. Über Jahrzehnte engagierte sich Teufel im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK). Nach seinem Ausscheiden aus der Politik studierte Teufel fünf Semester an der Münchner Hochschule für Philosophie. Außerdem engagierte er sich im Kuratorium der „Stiftung Weltethos“, die der

katholische Theologe Hans Küng (1928-2021) in Tübingen ins Leben gerufen hat.



Hans-Joachim Watzke (65), Geschäftsführer des Fußball-Bundesligisten Borussia Dortmund, erhält den diesjährigen Leo-Baeck-Preis. Er bekomme die höchste Auszeichnung des Zentralrats der Juden in Deutschland für seinen langjährigen Einsatz gegen Antisemitismus, den „er zu einem elementaren Bestandteil seiner Arbeit gemacht“ habe, teilte der Zentralrat mit. Es sei Watzke ein Herzensanliegen und er nehme eine Vorreiterrolle im Fußball ein. Die Verleihung des mit 10.000 Euro dotierten Preises ist für den 13. November in Berlin geplant.

Christos Yannaras, einer der bedeutendsten orthodoxen Theologen des 20. Jahrhunderts, ist am 24. August 2024 in Kythira (Athen), im Alter von 89 Jahren gestorben, wie sein Sohn Spyros mitteilte. Yannaras war der Autor von mehr als 50 Büchern philosophischen und theologischen Charakters, von denen viele in bis zu 12 Sprachen übersetzt wurden, darunter auch ins Deutsche. (Siehe auch [Seite 41](#))

Drama auf den Kanaren



Gestrandetes Flüchtlingsboot am Strand von Lanzarote.

Foto: Manuel Meyer/KNA

In den vergangenen Jahren landeten viele Migranten und Flüchtlinge vor allem in Griechenland und Italien. In jüngster Zeit verlagert sich der Zustrom nach Westen bis zu den Kanarischen Inseln. Die Inselbewohner fühlen sich überfordert – und Spaniens Rechtsextremisten schlachten dies aus.

Von Manuel Meyer

El Hierro (KNA) Über eine Woche lang mussten die sechs Mütter ihre kleinen Babys im Arm halten. Sie konnten sich kaum bewegen. Selbst das Stillen der Kleinkinder war kompliziert. Dicht an dicht saßen sie auf schmalen Holzbänken mit 163 weiteren Flüchtlingen in dem Holzboot, mit dem sie von Mauretanien zu den Kanarischen Inseln aufgebrochen waren. Die

sogenannten „Cayucos“ sind in der Regel nur 20 Meter lang und vier Meter breit.

Am Freitag wurde ihr Boot rund zwei Seemeilen vor der Kanarischen Insel El Hierro von der spanischen Seenotrettung entdeckt. Nicht alle Insassen erreichten ihr Ziel lebend. Als Mitarbeiter des Roten Kreuzes im Hafen von La Restringa den afrikanischen Migranten aus dem Boot halfen, ent-

deckten sie die Leichen von zwei Männern. Zumindest haben es die meisten geschafft. Das ist nicht immer so. Darf man den Schätzungen der spanischen Flüchtlingshilfsorganisation Caminando Fronteras glauben, starben 2023 über 6.000 Flüchtlinge beim Versuch, von Westafrika die Kanaren zu erreichen.

„Nicht wenige Holzboote kentern in den hohen Wellen des Atlantik.“

Andere Migranten verdursteten und verhungern bei der Überfahrt. Wenn ein Boot die Kanaren verpasst und auf den offenen Atlantik abdriftet, ist das der sichere Tod“, versichert Juan Carlos Lorenzo von der spanischen Flüchtlingshilfsorganisation CEAR der KNA. Erst vor zwei Wochen wurde an einem Karibikstrand in der Dominikanischen Republik ein afrikanisches Flüchtlingsboot aus Mauretanien mit vierzehn Skeletten entdeckt, welches die Kanaren verfehlte. „Es ist die gefährlichste Seeflüchtlingsroute der Welt. Doch 90 Prozent der Flüchtlinge weiß nicht einmal, welche Gefahren sie sich aussetzen“, stellt Lorenzo klar.

So reist das Flüchtlingsdrama auf den spanischen Ferieninseln vor der westafrikanischen Küste angetrieben durch Unruhen und Krise in zahlreichen zentralafrikanischen Staaten wie Mali auch nicht



Juan Carlos Lorenzo von der Hilfsorganisation CEAR in Las Palmas de Gran Canaria Foto: M. Meyer/KNA

ab. Im Gegenteil: Zwischen Januar und Mitte August erreichten insgesamt 22.304 illegale Bootsflüchtlinge die Inselgruppe im Atlantik. Das ist ein Anstieg von 126 Prozent im Vergleich zum selben Vorjahreszeitraum, bestätigt das spanische Innenministerium.

Sánchez reist auf die Kanaren und nach Afrika

Am Freitag besuchte Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez die Kanareninsel La Palma, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Inselregierungschef Fernando Clavijo versprach er 50 Millionen Euro Soforthilfen, um das Flüchtlingsdrama zu kontrollieren. Am Dienstag startete Sanchez in Mauretanien eine dreitägige Afrika-Reise, die ihn auch nach Gambia und in den Senegal führt.

Die Länder sind wichtige Ausgangspunkte für Migrantenboote. Vor allem von Mauretanien aus, das Landgrenzen mit Mali hat, könnten mit den sich im September beruhigenden Wetterbedingungen auf dem Atlantik Zigtausende Malier abfahren, befürchtet die spanische Regierung. Nachdem die EU und Tunesien verstärkte Migrationskontrollen ausgehandelt haben, versuchen die Menschen aus der Konfliktzone Mali den Weg über Mauretanien und Kanaren, um Europa zu erreichen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex rechnet mit 150.000 Maliern, die abfahrbereit in Mauretanien sind.

Schon im Februar war Sánchez in Begleitung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in Mauretanien. Beide versprachen dem Land 500 Millionen Euro an Hilfen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Bekämpfung von Schlepperbanden. Ob das die Flüchtlingsströme eindämmen kann, wagen Experten zu bezweifeln.

Auch die Regionalregierung der Kanaren geht bis Dezember mit einem neuen Flüchtlingsrekord von über 70.000 Menschen aus. Das größte Problem für die Inseln sind vor allem die unbegleiteten Minderjährigen. Regionalpräsident Clavijo bestätigte dem spanischen Regierungschef, dass sich derzeit 5.500 minderjährige Migranten auf den Inseln befänden. Dabei habe man nur Platz für 2.000. Und bis Jahresende erwartete man in den Flüchtlingsboot mindestens 7.000 weitere Minderjährige.

„Wir wissen nicht, wohin mit ihnen? Wir können ihnen auch keine angemessene Betreuung zukommen lassen“, so Clavijo nach dem Treffen mit Sánchez. Er verlangt, dass ein Teil der minderjährigen Migranten auf andere Regionen auf dem Festland verlegt wird. Doch obwohl Clavijo von der Kanarischen Koalition zusammen mit der konservativen Volkspartei (PP) regiert, zeigt sich diese auf Landesebene zurückhaltend. Als die Konservativen von Oppositionsführer Alberto Núñez Feijóo vor dem Sommer der Verteilung

der Jugendlichen prinzipiell zustimmte, beendete die rechtspopulistische Vox-Partei in gleich fünf Regionen die Koalitionsregierungen mit den Konservativen. Schließlich stimmte die PP im Juli gegen eine entsprechende Reform des Ausländergesetzes, welches diese Verteilung der Minderjährigen ermöglicht hätte.

Auch die drei Bischöfe der Kanarischen Inseln riefen die Politiker des Landes auf, sich zum Wohle speziell der minderjährigen Migranten auf eine Verteilung zu einigen. „Das ist nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Verpflichtung“, erklärten die Bischöfe in einer gemeinsamen Erklärung. Im November letzten Jahres begleiteten sie auch Inselchef Fernando Clavijo zu einer Papstaudienz in den Vatikan, um Papst Franziskus auf die humanitäre Flüchtlingsnotlage auf den Kanaren aufmerksam zu machen - vor allem mit Blick auf die unbegleiteten Minderjährigen.

Bischöfe mahnen Politik zu Besonnenheit

Die Kanarischen Bischöfe forderten in ihrem öffentlichen Brief im Juli auch die spanischen Parteien dazu auf, das Flüchtlingsdrama nicht noch weiter politisch zu instrumentalisieren. Das ist leider immer häufiger der Fall. Rechtspopulistische Kräfte heizten zuletzt in der vergangenen Woche in den sozialen Netzwerken die Stimmung gegen die vermeint-



Zwei Flüchtlinge an der Strandpromenade in Puerto Rico 2020 auf Gran Canaria

Foto: Manuel Meyer/KNA

liche Gefahr durch die illegale Einwanderung auf. Hintergrund war die Ermordung eines Elfjährigen auf einem Fußballplatz in der Kleinstadt Mocejón südwestlich von Madrid.

Obwohl die Großfahndung erst gerade angelaufen war und nicht über das Motiv oder die Identität des Täters bekannt war, behauptete der spanische Rechtspopulist und EU-Abgeordnete Alwise Pérez, beim Täter handle es sich um einen muslimischen Migranten, der erst seit kurzem in Mocejón lebe. Dazu stellte er eine Google Maps Seite, die eine Moschee in der Nähe des Fußballplatzes zeigt.

Auch Mitglieder der rechtspopulistischen Vox verbreiteten eine Menge Fake News und brachten das Verbrechen mit ausländischen Migranten in Verbindung, obwohl längst klar war, dass es

sich beim Täter um einen psychisch labilen 20-jährigen Spanier handelte.

Schnell kamen Befürchtungen auf, es könne zu rassistischen Ausschreitungen wie in der englischen Küstenstadt Southport kommen. Dazu kam es bisher nicht. Zu laut verurteilte selbst die Familie des getöteten Jungen die rassistische Fake-News-Propaganda. Dennoch nimmt vor allem die rechtspopulistische Vox-Partei, drittstärkste Fraktion Parlament, die steigenden Migrationszahlen zum Anlass, Sánchez und seine sozialistische Minderheitsregierung unter Druck zu setzen. Es ist ein günstiger Moment: Laut neuester Umfrage des staatlichen Meinungsforschungsinstituts CIS vom Juni ist die illegale Migration ein immer größeres Problem für die meisten Spanier und rangiert mittlerweile auf Platz 9.

Westpapua hofft auf deutliche Worte des Papstes

In Indonesiens mehrheitlich christlicher Provinz Westpapua ist die römisch-katholische Kirche die größte Einzelkonfession. Der jahrzehntelange Konflikt zwischen Regierung und Separatisten im äußersten Osten des größten muslimischen Landes hat bis zu 500.000 Menschenleben gefordert.

Von Michael Lenz

Jayapura (KNA) Kurz vor der Ankunft von Papst Franziskus in Indonesien haben die Katholiken der mehrheitlich christlichen Provinz Westpapua die Regierung in Jakarta aufgefordert, die Zivilbevölkerung besser vor Gewalt zu schützen. „Die Gewalt in Papua hat sich von sporadischen, gelegentlichen, unregelmäßigen Vorfällen in ein permanentes und strukturiertes, andauerndes, kontinuierliches und weit verbreitetes System verwandelt“, heißt es in einem Report, der am 23. August veröffentlicht wurde.

Die Veröffentlichung des Dokuments kurz vor der Ankunft des

Papstes am 2. September sei zeitlicher Zufall, sagte Pater Alexandro Rangga vom „Sekretariat für Gerechtigkeit, Frieden und Integrität der Schöpfung“ der Franziskaner im Erzbistum Jayapura, der Katholischen Nachrichten-Agentur. „Wir veröffentlichen jedes Jahr um diese Zeit einen Bericht zu einem Themenschwerpunkt.“ Der diesjährige Report werde von vier der fünf Bischöfe Westpapas unterstützt. „Einer hat sich nicht geäußert.“

Gewalt durch indonesische Sicherheitskräfte wie durch Rebellengruppen ist in Westpapua an der Tagesordnung. Nach Angaben von Amnesty International waren zwischen Januar 2018 und Juni

dieses Jahres Sicherheitskräfte und Rebellen an 236 Tötungen von Zivilisten beteiligt.

Erst die Niederländer, dann die Indonesier

Papua, eine ehemalige niederländische Kolonie, erklärte 1961 seine Unabhängigkeit. Bald darauf annektierte jedoch Indonesien das Gebiet durch ein Referendum, das bis heute von vielen als Farce angesehen wird. 1962 bildete sich in Papua eine separatistische Unabhängigkeitsbewegung. Indonesien sah sich veranlasst, eine starke Militärpräsenz in der rohstoffreichen, aber unterentwickelten Provinz aufrechtzuerhalten.



Zwischen Jayapura in Westpapua – auch Westguinea genannt – im äußersten Osten Indonesiens und der Hauptstadt Jakarta liegen fast 3.800 Kilometer Luftlinie. Grafik: [freeworldmaps.net](https://www.freeworldmaps.net)

Kirchliche Gruppen verurteilten die Versuche der indonesischen Regierung, durch militärische Interventionen die politische Kontrolle über Papua zu erlangen. Darüber hinaus protestierten sie gegen die unkontrollierte Ausbeutung der reichen natürlichen Ressourcen, die Beschlagnahmung von Land der Ureinwohner und die zunehmende Ansiedelung von meist muslimischen Menschen, die von außerhalb kamen.

Regierungskritiker im Visier der Polizei

„Bis Anfang August 2024 haben wir in Papua mehrere besorgniserregende Dinge im zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich festgestellt“, hieß es in dem Report der Kirchenführer. Die schwierige Sicherheitslage sei „auch ein komplexes humanitäres Problem“. Die Gewalt füge den Menschen in Papua zudem „psychische Wunden“

zu. Die Menschen glaubten nicht mehr an die Versprechen der Regierung und fühlten sich belogen.

Vor allem wenn es um die Forderung nach Unabhängigkeit geht, kennt der indonesische Staat kein Pardon. Selbst wer die Morgenstern-Flagge Westpapas hisst, wird gnadenlos verfolgt. Die Gewalt- und Menschenrechtssituation in Indonesiens östlichster Provinz ist ein Tabu. Armee, Polizei und Geheimdienste nehmen Kritiker der Westpapua-Politik Jakartas ins Visier. Journalisten, Menschenrechtsorganisationen sowie Organisationen der Vereinten Nationen ist der Zutritt zu Westpapua verboten.

Aber die Katholiken fordern ihre Bischöfe auf, nicht länger zu Gewalt und Unterdrückung in Westpapua zu schweigen. Ihre Appelle richteten sich vor allem an die Bischofskonferenz. Auch mit dem Vatikan sind Westpapas Katholiken nicht glücklich. Erst nach

langen, regelmäßigen Protesten vor der Kathedrale in Jayapura, die eine Berufung von Papuanern forderten, ernannte Papst Franziskus mit Yanuarius Theofilus Matopai You den ersten Westpapuaner zum Erzbischof.

Erzbischof: Kann keine Kompromisse machen

Seit seiner Ernennung äußert sich You immer wieder zu Menschenrechten. „Die Kirche hat die Pflicht, für die Menschlichkeit zu kämpfen, für die Menschenwürde, das Gemeinwohl, die Grundrechte der Menschen. Die Kirche ist dazu berufen... und kann dabei keine Kompromisse eingehen“, sagte er im November 2022 dem asiatischen Mediendienst Uca-News. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit werde er dafür sorgen, dass andere Diözesen Indonesiens sowie die Kirchen in Asien und der Welt Papuas humanitären Problemen Aufmerksamkeit schenken.

Deshalb hoffen und beten die Katholiken dort auch, Papst Franziskus möge bei seinem Besuch im 3.500 Kilometer entfernten Jakarta auch die Lage in ihrer Heimat ansprechen. „Aber wie wir hören, wird er sich dazu nicht äußern“, sagt Rangga. Einer der Bischöfe werde aber Franziskus eine Kopie des Dokuments übergeben.

Im Nachbarland könnte Papst deutlicher werden

Zudem könne der Papst das Thema Westpapua in Vanimo ansprechen. Die Stadt liegt nur 97 Kilometer von Jayapura entfernt, gehört aber zu Papua Neuguinea, der zweiten Station der elftägigen Papst-Reise zu insgesamt vier asiatisch-pazifischen Ländern.



Westpapuaner mit traditionellem Halschmuck

Foto: Imago/ Danita Delimont



Wer die Fahne eines unabhängigen Westpapas zeigt, gerät schnell in die Fänge von Geheimdienst und Polizei. Foto: Imago/ Joerg Boethling

Und da eine Reise zum Papst nach Jakarta für die meisten Westpapaner zu teuer wäre, können mit Unterstützung der Behörden 180 Katholiken aus Jayapura nach Vanimo reisen.

Franziskus hat Erfahrung damit, wie er auf Reisen sensible Themen anspricht, ohne seine Gastgeber zu vergrätzen. 2017 war der Papst von den Bischöfen Myanmars gebeten worden, während seines Aufenthalts in Yangon nichts über die wenige Monate zuvor auf brutale Weise von der Armee nach Bangladesch vertrieben 700.000 Rohingya zu sagen. Bei seinem anschließenden Besuch in Bangladesch wurde Franziskus dann um so deutlicher.

Westpapua

Westpapua – auch Westneuguinea genannt – ist die Westhälfte der Insel Neuguinea. Westneuguinea ist Teil der Republik Indonesien, während die Osthälfte als Papua-Neuguinea einen eigenen Staat bildet. Auch dieses Land wird der Papst besuchen.

Die traditionellen melanesischen Bewohner nennen sich selbst Papua. Sie machen inzwischen nur noch rund die Hälfte der geschätzt 5,6 Millionen Einwohner aus. Nach der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Niederlande 1961 wurde Westpapua nach einem umstrittenen Referendum dem Ende der 1940er Jahren unabhängig gewordenen Indonesien zugeschlagen. Dieses betrieb eine intensive Besiedlungspolitik aus anderen Landesteilen.

Rund 80 Prozent der Bewohner sind Christen, die sich größtenteils verschiedenen reformatorischen Kirchen angehören. Knapp 20 Prozent sind Muslime, 14 Prozent Katholiken. In der größten Stadt Jayapura leben rund 415.000 Menschen.

Der Regenwald Westpapas beherbergt die größte Biodiversität außerhalb des Amazonas; die Region ist zudem reich an Bodenschätzen und fossilen Energieträgern. Vor der Westküste liegt eines der weltweit größten Korallenriffe.

„Für den Umgang mit Problemen bei der Migration fehlt es meist nicht am Recht“

Migration ist eine ständige weltweite Herausforderung. Für Flüchtlinge, Migranten, Behörden, Hilfsorganisationen. Anlässe dies zu kommentieren gibt es des öfteren: Sei es der Anschlag bei einem Volksfest in Solingen, seien es klimatische Veränderungen und Wassermangel in Nahost.

Nach dem Anschlag von Solingen schreibt Reinhard Müller zur Migrationspolitik in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

„In der Migrationspolitik gibt es nichts mehr zu prüfen. Die Fakten sind klar. Das rechtliche Fundament ist es auch. Sicher, man kann alles so oder so auslegen. Aber ob man es vom Ende (wie Angela Merkel gern von sich behauptete) oder vom Anfang her denkt: Es fehlt meist nicht am Recht. Straftäter schneller abschicken? Diese uralte Forderung jetzt wieder zu einem Hauptthema zu machen, klingt heute geradezu zynisch. [...] Es ist im Übrigen schon strafbar, Waffen oder gefährliche Gegenstände auf Versammlungen mit sich zu führen. Es ist auch längst möglich, Migranten wieder – zum Beispiel – nach Syrien zurückzubringen. Der Reiseverkehr dorthin ist nur ein Beleg für die Rechtslage. [...]

Zur Schutzpflicht des Staates gehört die Pflicht, ein Problem

bei der Wurzel zu packen. Die Wurzel ist die unkontrollierte Einwanderung. Auch hier hilft die Rückbesinnung auf die Staatsfunktionen, auf die offene Ordnung des Grundgesetzes und seine europäische und internationale Einbettung. Das Problem ist nicht das individuelle Grundrecht auf Asyl als solches. Es wurde lange auch nicht als besondere Herausforderung angesehen – weil die Lage eine andere war.

Das Problem für das Deutschland von heute ist, dass das Land wie eine einzige Einladung an alle Welt wirkt, hier Zuflucht zu finden und bleiben zu können – mit zuletzt stark gestiegenen Chancen gar auf eine Einbürgerung. Nach dem von einer breiten, verfassungsändernden parlamentarischen Mehrheit getragenen Asylkompromiss von 1993 wurde beklagt, nun sei das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft worden. Dabei führte der Gesetzgeber das Asylrecht nur auf seinen Kern zurück. Schutz vor

politischer Verfolgung bieten auch alle Staaten, die Deutschland umgeben. Wer also auf dem Landweg nach Deutschland kam, hatte hierzulande keinen Anspruch auf Asyl. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte das und hob auch hervor, dass das Grundrecht auf Asyl auch komplett gestrichen werden könne.

Wenn freilich, trotz zahlreicher auch europäischer Anstrengungen, weiterhin die Mehrzahl der Migranten nach Deutschland will, weil der Sozialstaat immer noch extrem anziehend ist und der ausgewachsene Rechtswegestaat einen Verbleib fördert, so muss die Herausforderung an den Grenzen angegangen werden.

[...] Das hat seinen Preis – aber der beträgt nur einen Bruchteil der langfristigen Kosten des laufenden Imports von Gewalt, religiösem Terror und Fanatismus, dazu Konflikten sowie kultureller Übernahme. [...]

In seinem Kommentar für „Die Welt“ holt Ulf Poschardt noch grundsätzlicher aus:

„[...] Bemerkenswert ist, dass er auf eine fast aggressive Weise die Renationalisierung der Politik bedeutete, weil weder beim Atomausstieg noch bei der Migrationspolitik allzu viele andere europäische Länder den Deutschen folgen wollten. Gleichzeitig wurde eine neue Version des Tigerstaatlichen unternommen: ein veganer Tiger gewissermaßen, der Moral als Wunderwaffe einer imaginären Supermacht definiert.

Es war dieselbe nationalistische Anmaßung und Arroganz, die viele Deutsche glauben ließ, dass sie nicht nur die Ressourcen hätten, das Sozialbeglückungsamt der Welt zu sein, sondern auch noch ein Vorzeigebetrieb der Moralbewirtschaftung, der es mit dem Elend der Welt aufnehmen könnte. In vielen Diskussionen um die Migrationspolitik wird die kompensatorische Logik des Wiedergutmachens von zwölf Jahren Barbarei angeführt, viel prägender und konsistenter jedoch ist die Kontinuität mit dem weltfremden wie politisch instabilen Größen-Ich, das seit dem Idealismus des späten 18. Jahrhunderts stets auf Kriegsfuß mit schnöder Realität und biederem Common Sense stand. [...]

Der deutsche Nationalmoralismus hat den Staat so lange verklärt und mit Allmacht Konzepten armiert, bis er unter der Last der Erwartungen und Probleme zusammenbrechen musste. Das

passiert jetzt – wie es so schön zeitgenössisch heißt – auf „multiple“ Art und Weise. Die innere Sicherheit des Landes erodiert, das Gewaltmonopol auf Straßenfesten, in U-Bahnen, ja in weiten Teilen des öffentlichen Raums liegt längst nicht mehr beim Staat. [...]

Zum Zusammenhang von Klimawandel und Migration schreibt Othman Belbeisi für „Al Jazeera“:

„[...] Ende 2023 waren nach Schätzungen der Vereinten Nationen weltweit 117,3 Millionen Menschen auf der Flucht, davon 68,3 Millionen Binnenvertriebene. Die Hauptursache für Vertreibung sind Konflikte, aber auch klimawandelbedingte Katastrophen wie Stürme, Überschwemmungen, Dürren und Waldbrände haben im vergangenen Jahr rund 20,3 Millionen Menschen obdachlos gemacht. Der Klimawandel ist nicht nur ein Vertreibungsfaktor, sondern wirkt als Bedrohungsmultiplikator, der den Wettbewerb um Ressourcen verschärft, Konflikte verschlimmert, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten vertieft und die Anfälligkeit erhöht.

Deshalb müssen Klimamaßnahmen Teil der Strategie für integrierte humanitäre, entwicklungs- und friedenspolitische Maßnahmen in der ganzen Welt sein, insbesondere in konfliktreichen Regionen wie dem Nahen Osten, wo der Klimawandel die ohnehin schon fragilen Gesell-

schaften weiter destabilisieren dürfte.

In den kommenden Jahren werden Dürren, Wasserknappheit und extreme Wetterereignisse die Vertreibung wahrscheinlich verstärken, was die geschwächten öffentlichen Systeme zusätzlich unter Druck setzt und die Lebensbedingungen von Millionen Menschen verschlechtert.

Maßnahmen und finanzielle Unterstützung könnten nicht dringender sein. Überall auf der Welt, vor allem aber in der MENA-Region, werden die Konflikte immer langwieriger und komplexer und sind in Systeme mit schwacher Regierungsführung, Ungleichheiten und Umweltzerstörung eingebettet.

Auch die Folgen dieser komplexen Konflikte werden immer schlimmer. Es gibt Hinweise darauf, dass Länder, die einen Bürgerkrieg hinter sich haben, durchschnittlich 14 Jahre brauchen, um sich wirtschaftlich zu erholen, und 25 Jahre, um ihre Systeme und Institutionen wieder aufzubauen.

Die anhaltenden klimatischen Herausforderungen, die zu den wachsenden humanitären Bedürfnissen in diesen von Konflikten betroffenen Ländern hinzukommen, werden die Friedenskonsolidierung, den Wiederaufbau und die Entwicklung nur noch schwieriger machen.

In der internationalen Gemeinschaft ist ein proaktiverer Ansatz erforderlich. Wir müssen in die Prävention investieren und ihr Vorrang einräumen. [...]

„Die Messerstiche von Solingen schneiden tief ein in Deutschlands Befindlichkeit“

Auch katholische Medien griffen das Attentat von Solingen auf. Einerseits fordern sie eine bessere Umsetzung bestehender Gesetze im Asyl- und Migrationsrecht, andererseits sorgen sie sich um die politische Folgen. An anderer Stelle wird noch einmal eine Lanze für zuletzt verspottete und verhasste Klimaschützer der Letzten Generation gebrochen. Außerdem ein Blick in den vergessenen Südsudan ...

Das Attentat von Solingen kommentiert Klaus Gaßner im „Freiburger Konradsblatt“:

„Die Messerstiche von Solingen schneiden tief ein in die Befindlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, die in Erwartung des politischen Herbstes ohnehin schon voller Sorgen um Maß und Mitte steckt. Tod, Blut, Trauer - mitten in der Ausgelassenheit eines fröhlichen, sommerlichen Stadtfestes explodieren Hass und Gewalt, der Kontrast könnte größer nicht sein. Der Aufschrei danach gleicht dem, der schon Dutzend Male zuvor zu erleben war. [...]

Es wird immer schwieriger, einem Bürger zu vermitteln, dass festgesetzte Abschiebungen scheitern, dass juristische und praktische Fallstricke die Rückführung stoppen. Es ist unmöglich zu vermitteln, dass Gastrechte sanktionslos missbraucht werden können, dass der Rechtsstaat zwar mit einem großen

Instrumentarium an Zuständigkeiten aufwartet, aber nicht mit Härte und Entschlossenheit - mit entsetzlichen Folgen.

[...] Machen wir uns nichts vor: Selbst bei den schärfsten Regelungen für Asylverfahren und einer entschlossenen Begrenzung der Migration, ein Eiland des Friedens und der Sicherheit kann eine offene Gesellschaft nicht werden. Daher mahnt Solingen jenseits der sicherheitspolitischen Aufklärung auch eine gesellschaftliche Debatte an: Wie viel Freiheit ist uns wichtig? Und wie viel Schutz erträglich?

Fatal an der neuen Situation ist, dass die politischen Hüter der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundordnung Gefahr laufen, der politischen Handlungsunfähigkeit geziehen zu werden. Und dass politische Kräfte die Oberhand gewinnen, denen die Bewahrung unserer klugen rechtsstaatlichen Ordnung nicht als oberste Priorität gilt. Träfe dies ein, dann hätte der

Täter von Solingen ins Herz der Gesellschaft getroffen.“

Für „Die Tagespost“ schreibt Sebastian Sasse zu den Folgen des Anschlags von Solingen:

„Eines ist jetzt klar: Sicherheit ist das Thema für den Bundestagswahlkampf. Und derjenige, der den Deutschen ihr Sicherheitsgefühl zurückgibt, der wird Kanzler. Die Tat von Solingen ist längst zu etwas Symbolhaften geworden. Ähnlich wie die Silvesternacht von Köln. Und das ist wichtig für die politische Bewertung dieser Tage: Die Ermittlungen, das genaue Aufdröseln der genauen Fakten über den mutmaßlichen Täter und nicht zuletzt die Frage, wo haben die Behörden in der Vergangenheit versagt - das ist die eine Seite.

Auf der anderen Ebene geht es um die politische Wirkkraft: Solingen steht in der Wahrnehmung längst für ein Grundgefühl,

das große Teile der Bevölkerung erfasst hat: Wir sind nicht mehr sicher. Selbst in einer Stadt wie Solingen, das ja nun keine Metropole wie Berlin oder Paris ist, kann man bei einem Stadtfest Opfer des islamistischen Terrors werden. Ob diese Angst tatsächlich begründet ist, steht auf einem anderen Blatt. Politische Führung bedeutet aber Stimmungen aufzunehmen. Solche Stimmungen können moduliert werden, der Politiker kann versuchen, sie zu steuern. Nur ignorieren kann er sie nicht.

[...] Terroristen haben es im Namen stehen: Angst zu verbreiten, das ist ihr Beruf. Wenn nun eine Angstwelle durch Deutschland schwappt, dann können sich die Leute vom IS gegenseitig auf die Schulter klopfen: Ziel erreicht. Aufgabe der Politik ist es, die Angst aufzunehmen und in politische Sorge zu verwandeln. Das Signal muss sein: Wir sehen die Gefahren und wir reagieren schnell. [...]

Zum Umgang mit den Protesten der „Letzten Generation“ meint Matthias Sellmann im Portal „kirche-und-leben“.de“:

„[...] die ‚Letzte Generation‘ kriegt ordentlich auf die Mütze. Wohin man auch hört, sind sie die Pappkameraden für billige Späße und stammtischtaugliches Gewüte. Es gehört zum Standard von Karneval, Comedy und politischem Kabarett, sich auf Kosten der ‚Klimakleber‘ öffentlich zu empö-

ren. Selten konnte man so sicher sein, die Lacher auf seiner Seite zu haben.

Solch preiswerte kollektive Empörung macht mich nachdenklich. Hier ist nicht der Raum, über die strategische Klugheit der Protestformen der ‚Letzten Generation‘ zu reflektieren. Wenn ein Monet mit Kartoffelbrei übergossen wird, macht das auch mich sehr wütend.

Aber auch wenn das so ist, muss ich mich doch ehrlich machen und mich fragen: Wie sonst würde man denn jemanden Getunneten wie mich überhaupt zur Aufmerksamkeit bringen?

Ich meine, die ‚Letzte Generation‘ hat diesen Spott nicht verdient. Im Gegenteil: Diese Intensität und diese Vergemeinschaftung der ‚Normalen‘ gegen diese ‚Letzten‘ zeigt genau, was ihr Protest aufdecken will: Wir leben im sicheren Wissen um die Kippunkte der Klimakrise unsere Routinen weiter: fliegen, Fleisch essen, billig einkaufen, bestenfalls Müll trennen. Wir möchten gerne, dass ‚etwas‘ geschieht - der Anstoß dazu müsste aber bitte von anderen kommen. Wir wünschen uns auch ordentlich problembewusste junge Leute, die uns auch gerne den Spiegel vorhalten sollen. Ist ja ihr Recht als nachkommende Generation.

Wehe aber, jemand geht uns erstens genau an diese Komfortzonen unserer Routinen. Und wehe zweitens, jemand weist uns auf diese unsere Doppelmoral hin. – Dem kleben wir eine.“

Zur Lage im vergessenen Südsudan kommentiert Andreas Lesch für die „Verlagsgruppe Bistums-presse“:

„Vor einigen Tagen kam eine kleine Nachricht, die im Schatten der großen Schlagzeilen leicht zu übersehen war. Es lohnt sich, sie ins Licht zu holen. Die Nachricht besagte: Die Konfliktparteien aus dem Südsudan haben in Rom miteinander gesprochen, unter Vermittlung der katholischen Gemeinschaft Sant'Egidio. Sie betonten, Dialog sei der einzige Weg, um nach Jahren der Gewalt dauerhaften Frieden zu finden. Und zeigten sich offen für Kompromisse.“

[...] Es gibt auch Gutes inmitten des Schlechten auf der Welt. Es kann Hoffnung wachsen in Zeiten der Verzweiflung. Es gibt nicht nur Probleme, wie manch ein Blick in die Nachrichten suggeriert, sondern auch Lösungen. Und ein christlicher Geist kann helfen, diese Lösungen zu finden.

[...] Religion kann, wenn sie missbraucht wird, also nicht nur Krisen beschleunigen; sie kann als konstruktive Kraft auch dazu beitragen, sie zu lindern. Natürlich werden die Probleme im Südsudan so bald nicht verschwinden. Aber zumindest wirkt es nicht mehr so, als sei das Land am Ende. Die Gespräche sind ein neuer Anfang.“



„Jesus mit seinen Jüngern bei Sturm im Boot“ – Relief über dem Eingangsportal des Landeskirchenamtes in Bielefeld. Foto: EKfW

Westfalens Kirche in unruhigem Gewässer

Die Evangelische Kirche in Westfalen ist derzeit führungslos. Nach dem Rücktritt von Präses Annette Kurschus im November 2023 hoffte man, bald einen Nachfolger wählen zu können. Doch gegen den gibt es nun auch Vorwürfe.

Von Benjamin Lassiwe

Bielefeld (KNA) Er war der einzige Kandidat für das Präsesamt in der Evangelischen Kirche von Westfalen. Doch wegen „Hinweisen auf mögliche, in der Vergangenheit liegende Verstöße gegen das Gebot, persönliche Grenzen einzuhalten“ hat der westfälische Pfarrer Michael Krause am Montag seine Kandidatur für das höchste Leitungsamt westfälischen Landeskirche zurückgezogen.

Die Wahl eines Nachfolgers für die Ende letzten Jahres nach Vor-

würfen zum Umgang mit einem möglichen Missbrauchsfall in Siegen zurückgetretene damalige EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus verzögert sich damit weiter. Ein Wahltermin sei „ungewiss“, hieß es am Montag in einer Pressemitteilung.

Das Präsesamt ist das wichtigste Amt in der rund 1,94 Millionen Mitglieder zählenden westfälischen Kirche mit Sitz in Bielefeld. Es hat eine für evangelische Kirchenverhältnisse ungewohnte Machtfülle inne: Einerseits entspricht es dem Amt eines leitenden Geistli-

chen, also dem Landesbischof in anderen Gliedkirchen der EKD. Andererseits hat der westfälische Präses Aufgaben inne, die sonst ein Synodenpräses oder Synodenpräsident übernimmt. In den meisten Landeskirchen sind diese Ämter getrennt: Nur in der Rheinischen Kirche leitet der leitende Geistliche auch das Kirchenparlament.

Hintergrund der Vorwürfe sind unklar

Die genauen Hintergründe der Vorwürfe gegen Krause blieben am Montag unklar. Die Kirche teilte lediglich mit, dass Krause ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst zur Untersuchung und Klärung beantragt habe. Das Landeskirchenamt habe mit Blick auf die vorliegenden Hinweise und den Antrag Krauses die Eröffnung des Verfahrens und der damit verbundenen Ermittlungen beschlossen. Krause und Kirchenleitung stimmten unabhängig vom Ausgang des Verfahrens darin über-

ein, dass eine Kandidatur für das Präses-Amt in dieser Situation nicht infrage komme.

Für die westfälische Kirche ist die Entwicklung katastrophal. Noch ist der Rücktritt von Kurschus nicht vollständig aufgearbeitet. Auch hat die viertgrößte Landeskirche der EKD finanzielle Probleme: Vergangenes Jahr scheiterte die Aufstellung des Haushalts für 2024 an einem Defizit von 14,4 Millionen Euro. Das war schlicht nicht genehmigungsfähig. Mittlerweile befindet man sich in einem Haushaltssicherungskonzept: Im Mai beschloss die Landessynode einen Nachtragsetat mit einem Defizit von 8,8 Millionen Euro. Harte Sparmaßnahmen werden auch künftig unumgänglich sein.

Michael Krause galt als Hoffnungsträger

Der 56-jährige Krause, der 2010 eine schwarze Kasse in seinem Kirchenkreis Herford aufgedeckt hatte, galt als Hoffnungsträger,

der die westfälische Landeskirche in stabiles Fahrwasser bringen sollte. Als er im Juni vom Nominierungsausschuss der Kirche vorgeschlagen wurde, war die Stimmung durchweg positiv. „Unser Votum war eindeutig und wir sind sehr froh, einen solch hervorragenden Kandidaten präsentieren zu können“, sagte Uwe Gryczan, Vorsitzender des Nominierungsausschusses und Superintendent in Lübbecke. „Michael Krause hat uns in allen Belangen überzeugt.“

Nun freilich ist der Scherbenhaufen groß. Das sehen selbst Beobachter aus der Ökumene so: Der katholische Münsteraner Kirchenrechtler Thomas Schüller sagte der Katholischen Nachrichten-Agentur, er sehe den Vorgang in Westfalen mit großer Sorge. Eine wichtige Landeskirche müsse nun weiter längere Zeit ohne wirkliche Leitung auskommen. Doch gerade angesichts der schwierigen Situation in Westfalen brauche es in dieser Kirche handlungsfähige Leitungsorgane.



Der Rücktritt von Annette Kurschus im November letzten Jahre hallt in der Landeskirche noch nach. Foto: Roland Juchem/KNA



Michael Krause zog seine Kandidatur zurück. Foto: Alexander Kröger

Vorbereitungen für das Täuferjubiläum laufen an

Stuttgart/Zürich (KNA) Die aus der Bewegung der „Wiedertäufer“ hervorgegangenen Freikirchen bereiten sich auf ihre 500-Jahr-Feier im kommenden Jahr vor. Bereits seit 2020 läuft dafür die Kampagne „Gewagt! 500 Jahre Täuferbewegung 1525-2025“. Eine Steuerungsgruppe aus Wissenschaftlerinnen sowie Vertretern von Gemeinden und Geschichtsvereinen bereitet unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (Bundes-ACK) das Festjahr vor.

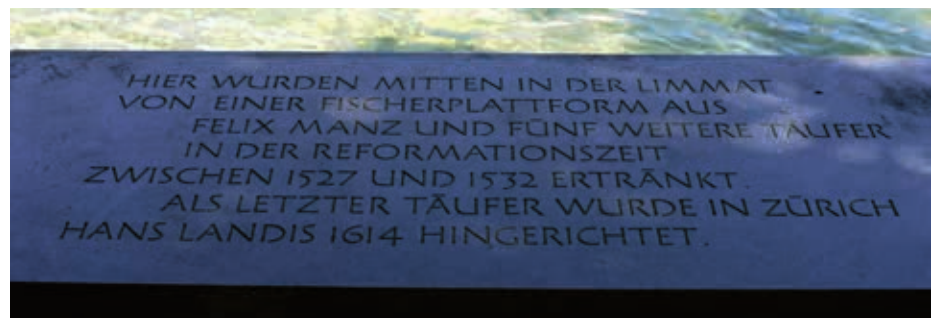
Dabei ist seit 2020 jährlich eine Art Studien- und Informationsheft erschienen, das jeweils die Geschichte der Unterdrückungen und das theologische Selbstverständnis von Gemeinden vorstellt. Ein Schwerpunkt liegt auf dem Taufverständnis, aufgrund dessen sich die Gemeinden als Alternative zum früheren Staatskirchen-

tum der Konfessionskirchen mit deren territorial geprägtem Kirchenverständnis verstanden.

Für 2025 soll das Thema des entsprechenden Studienheftes lauten: „Gewagt! – Bibel leben. gehalten – entfalten – gestalten.“ Neben Wanderungen auf den Spuren der Täufer sind Reisen, Begegnungen und Tagungen in Städten vorbereitet, die mit der Täufergeschichte verbunden sind.

Am 2. Februar 2025 findet mit den Gemeinden von Mennoniten und Baptisten in Stuttgart ein ge-

meinsamer Gottesdienst statt. In Hamburg ist für den 21. September ebenfalls ein solcher Gottesdienst geplant. Dort möchte ihn die Mennonitengemeinde Hamburg-Altona mit ihrer ökumenischen Geschichte zusammen mit der Altonaer Baptistengemeinden feiern. In Zürich findet am 29. Mai 2025 ein Täufergedenken der Mennonitischen Weltkonferenz statt. Vom 2. bis 4. Juni treffen sich dort Historiker zu einem Kongress über Täufergeschichte.



Gedenktafel für Opfer der Reformationszeit am Ufer der Limmat in Zürich – darunter der Täufer Felix Manz. Foto: Imago/Stefan Schmidbauer

Evangelischer Bund tagt zu jüdisch-christlichem Dialog

Bensheim (KNA) Der Dialog zwischen Judentum und Christentum in den Konfessionen steht im Mittelpunkt der diesjährigen Studientagung des Evangelischen Bundes. Das Konfessionskundliche Institut Bensheim lädt vom 3. bis 5. Oktober zu dem dreitägigen Panel in Koblenz. Das Thema der Tagung lautet „Wie hältst du’s mit

dem Judentum?“ Anmeldeschluss ist der 1. September.

Laut Einladung stehen Fragen des Antijudaismus und die Israel-Theologie, das Verhältnis der Kirche zum Nationalsozialismus und der aktuelle Umgang mit antijüdischen Stereotypen auf dem Programm. Dazu werden Vertreter aus der Ökumene erwartet. Aus

der EKD sind Kirchenpräsident Christian Schad, der Präses der Rheinischen Landeskirche, Thors ten Latzel, und Generalsekretär Richard Janus angekündigt.

Katholisch-lutherische Dialog-Kommission startet in nächste Phase

Genf (KNA) Die sechste Phase der lutherisch/römisch-katholischen Kommission für die Einheit soll in der zweiten Jahreshälfte 2025 beginnen. Der Lutherische Weltbund teilte mit, dass zunächst eine Erklärung zum 500. Jahrestag der Augsburger Bekenntnisses 2030 vorbereitet werden soll. Ziel sei, das Dokument als ökumenischen Vorschlag für die Wiederherstellung religiöser und politischer Einheit zu würdigen.

Der Lutherische Weltbund (LWB) hat zudem eine Kommission für den Dialog mit der pfingstkirchlichen Welt ernannt. Beschlossen hat der neue LWB-Rat diese Ernennungen auf seiner

Tagung im Juni in Genf. Die zweite Phase des Dialogs zwischen dem LWB und der Weltgemeinschaft der Pfingstkirchen soll auch im kommenden Jahr an der lutherischen Hochschule Faculdades EST in São Leopoldo, Brasilien, beginnen. Themen seien Gottesdienst und christliche Bildung.

Dialog mit Pfingstlern

Der lutherische Dialog mit Pfingstkirchen zwischen 2016 und 2022 führte zu einem Bericht mit dem Titel „Der Geist des Herrn ist auf mir“. Die Themen waren Aspekten christlicher Identität und christlichen Engagements sowie den Heilungs- und Erlösungs-

dienst gewidmet. Der lutherisch-pfingstkirchliche Dialog sei eine der jüngsten ökumenischen Verbindungen, teilte der LWB weiter mit. Seit den frühen 2000er Jahren habe es eine Reihe von Vorbereitungstreffen gegeben, die vom Institut für Ökumenische Forschung in Straßburg organisiert wurden.

Die zweite Phase wird gemeinsam von Pfarrer Johannes Zeiler von der Schwedischen Kirche und dem Schweizer Ökumene-Fachmann Jean-Daniel Plüss, dem Vorsitzenden des Europäischen Pfingstkirchlich-Charismatischen Forschungsverbands (European Pentecostal Charismatic Research Association), geleitet.

Wechsel an der Spitze des pietistischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes

Kassel (KNA) Der Generalsekretär des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, Frank Spatz, wird im Laufe des kommenden Jahres sein Amt zur Verfügung stellen, berichtet die evangelische Nachrichtenagentur Idea am Montag. Der 56-Jährige steht seit 2014 an der Spitze des pietistischen Dachverbands innerhalb der evangelischen Landeskirchen.

Er wolle sich künftig neuen beruflichen Herausforderung stellen hieß es weiter. Der Präses des Gnadauer Verbandes, Pfar-



Frank Spatz
Foto:
Norbert Neetz/
Imago

rer Steffen Kern, erklärte, er und der Vorstand bedauerten diesen Schritt sehr. Das Zusammenwirken mit Spatz sei von „hoher Verlässlichkeit und tiefem Vertrauen, einer geistlichen Verbundenheit

und gegenseitigen persönlichen Wertschätzung“ geprägt.

Die Gnadauer Mitgliederversammlung, die am 13. und 14. September in Kassel tagt, soll einen Nominierungsausschuss einsetzen, so der Verband. Die Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin soll in der ersten Jahreshälfte 2025 stattfinden. Spatz arbeitete zunächst im Automobilhandel. Nach dem Studium und einer Zeit als Prediger übernahm er die Geschäftsführung der Alpha-Buchhandlung.

Kooperation im Flickenteppich

Niedersachsens Landeskirchen rücken näher zusammen. Auch eine bessere Zusammenarbeit mit dem Land spielt dabei eine Rolle. Doch der Mangel an Führungspersonal setzt die Kirchen unter Druck.

Von Benjamin Lassiwe

Hannover (KNA) Es ist das Bundesland mit den meisten unabhängigen Landeskirchen: Niedersachsen. Auf dem Territorium des zweitgrößten deutschen Bundeslandes liegen gleich fünf Gliedkirchen der EKD. Neben der Hannoverschen Landeskirche finden sich dort die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schaumburg-Lippes, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Oldenburg. Zudem hat die Evangelisch-Reformierte Kirche den größten Teil ihrer Gemeinden in Niedersachsen.

Kooperation mit dem Land setzt Zusammenarbeit voraus

Sie alle sind in der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen zusammengeschlossen. Und wie überall in Deutschland



Bereits seit fast 70 Jahren kooperieren Niedersachsen und die Landeskirchen auf einer Vertragsbasis. 2005 feierten Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) und der EKD-Ratsvorsitzender Wolfgang Huber mit Bischof Peter Krug aus Oldenburg, damals Vorsitzender der Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen.
Foto: Imago/stock&people

stehen auch in Niedersachsen die Zeichen auf eine engere Zusammenarbeit der evangelischen Kirchen. So trafen sich im Juni rund 200 Mitglieder der Landessynoden der Mitgliedskirchen im Kloster Loccum, dem zentralen und wichtigsten Ort der evangelischen Kirchen Niedersachsens. Anschließend veröffentlichten die

Synodenpräsidenten der Landeskirchen ein gemeinsames Statement.

Darin betonten sie, dass die Kirchen bereits seit Jahrzehnten vertrauensvoll und erfolgreich zusammenarbeiteten – etwa beim Religionsunterricht und in der Erwachsenenbildung, in der Not-

fallseelsorge, der Seelsorge an Strafgefangenen, bei Polizei und Zoll sowie in der Diakonie. Allen Arbeitsfeldern ist allerdings gemeinsam, dass es hier auch auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Staat ankommt: Und da ist die Kooperation schon deswegen von Nöten, weil das Land Niedersachsen natürlich ein Interesse an möglichst wenig kirchlichem Gegenüber hat.

„Wir sind in sehr intensiven Diskussionen“

Doch die Kirchen wollen künftig auch untereinander enger zusammenarbeiten. „Wir sind in sehr intensiven Diskussionsprozessen darüber, wie wir uns verändern werden, gemeinsam unserem kirchlichen Auftrag gerade auch in der Gesellschaft weiter gerecht werden und Menschen Gemeinschaft, Hoffnungsräume und Ori-

entierung für ihr Leben anbieten“, heißt es in dem Statement. „Es lässt sich heute noch nicht sagen, welche Gestalt die evangelischen Kirchen in Niedersachsen in Zukunft haben werden.“ Oder „wie jede für sich und alle gemeinsam“ ihrem Auftrag als Kirche nachgehen würden. „Wir erhoffen uns mehr Gemeinsamkeit“, erklären die Synodenpräsidenten. „Wir wollen an der bewährten Zusammenarbeit im Rahmen der Konföderation festhalten und dabei auch offen dafür sein, wo eine verstärkte Zusammenarbeit in Zukunft sinnvoll ist.“

Dabei gehe es nicht zuerst darum, Strukturen zu optimieren und Einsparungen vorzunehmen. Es gehe darum, Kirche in Niedersachsen neu zu gestalten, dabei ökumenische Zusammenarbeit zu vertiefen und die Kooperation mit Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen zu suchen. „Im Zentrum steht die Frage, wie wir so Kirche Jesu Christi sein können, dass Menschen von unserer Botschaft erreicht werden und wir gemeinsam Verantwortung in unserem Land übernehmen.“

Vorbild in Ost- und Mitteldeutschland?

Im Hintergrund freilich steht immer wieder der Gedanke an größere strukturelle Veränderungen. Denn während 2004 die Evangelische Kirche der schlesischen Oberlausitz mit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg fusi-

onierte, während 2009 die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland aus der Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und der Thüringischen Landeskirche entstand und schließlich 2012 die Evangelische Nordkirche aus der Nordelbischen Kirche, der Mecklenburgischen und der Pommerschen Kirche gebildet wurde, ist es im Blick auf Kirchenfusionen in Niedersachsen merkwürdig ruhig geblieben.

Die ganz kleinen Kirchen sind bereits schlank

Dabei gelten gerade die mittelgroßen Kirchen, wie etwa Oldenburg oder Braunschweig, in der EKD als Fusionskandidaten. Diese haben im Unterschied zu den bereits sehr schlanken, kleinen Kirchen von Anhalt oder Schaumburg-Lippe noch viele Strukturen, können die aber in Zeiten rückläufiger Einnahmen kaum noch aufrechterhalten.



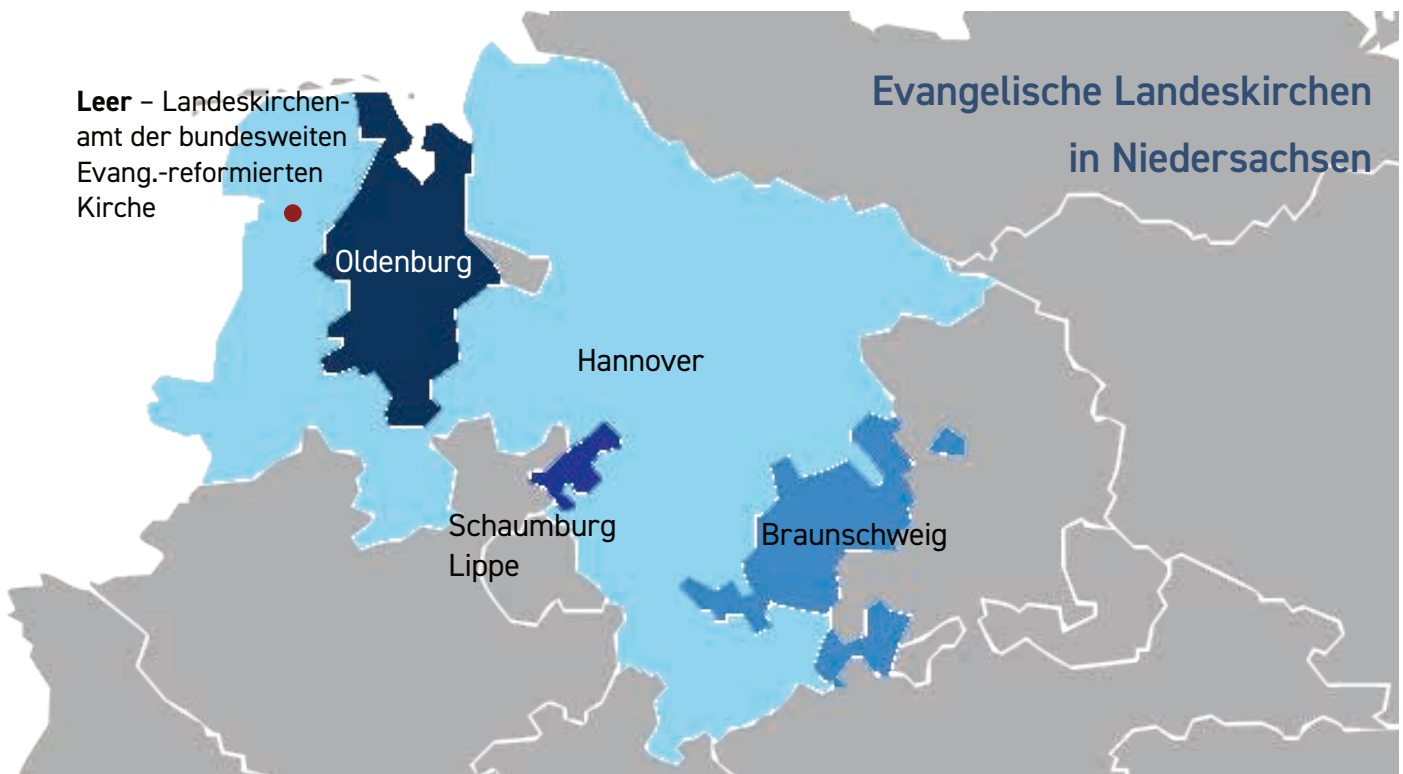
Thomas Adomeit ist seit 2018 Bischof der Landeskirche in Oldenburg ...

Foto: Imago/Heike Lyding;



... und Christoph Meyns bereits seit 2014 Landesbischof in Braunschweig.

Foto: Harald Oppitz/KNA



Grafik: Von Svolks - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0/Bearb. R. Juchem/KNA

„Sollte es in fünf oder sechs Jahren keinen Sinn mehr machen, hier als eigenständige Landeskirche tätig zu sein, und Niedersachsen unsere Bezugsebene werden, werde ich einer Fusion nicht entgegenstehen“, hatte Oldenburgs Bischof Thomas Adomeit Ende Oktober 2023 in einem Interview mit dem Bremer „Weser-Kurier“ erklärt. Wichtig sei die Frage, in welcher Struktur das Evangelium angesichts sinkender Mitgliederzahlen und einer abnehmenden Finanzkraft am besten zu den Menschen gebracht werden könne. Das müsse immer über allem stehen: „Es geht nicht darum, eine Struktur, die nicht mehr funktioniert, um der Struktur willen zu erhalten.“

Dabei hängt es freilich auch davon ab, wie sich die Landeskirchen in den nächsten Jahren personell neu aufstellen. Zum Beispiel, wenn

leitende Geistliche in den Ruhestand treten – so will der Braunschweiger Landesbischof Christoph Meyns bereits im Juli 2025 im Alter von nur 63 Jahren vorzeitig in Pension gehen.

Führungspersonal ist Mangelware

Doch geeignete Nachfolger für geistliche Leitungssämter sind auch in den evangelischen Kirchen immer dünner gesät. Sollte es in Braunschweig ähnlich wie in der Landeskirche Westfalens Probleme bei der Findung eines Nachfolgers geben, wird die Debatte über Fusionen wohl wiederkehren.



Auch in den evangelischen Landeskirchen fehlt es an geistlichem Führungspersonal.

Foto: Harald Oppitz/KNA

Evangelische Kirchen Europas tagen in Sibiu

Wien (KNA/KAP) Migration, Minderheiten, interreligiöser Dialog sowie das Themenfeld „Demokratie und Kirchen“: Diese Schwerpunkte stehen auf dem Programm der neunten Vollversammlung der „Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa“ (GEKE). Im rumänischen Sibiu (Hermannstadt) kommen bis zum 2. September rund 150 Vertreterinnen und Vertreter der 96 GEKE-Mitgliedskirchen sowie zahlreiche weitere theologische Berater, Experten und Gäste aus der Ökumene zusammen. Die Beratungen stehen unter dem Leitwort „Im Licht Christi – berufen zur Hoffnung“.

Rund 40 Millionen evangelische Christinnen und Christen zählen die 96 Mitgliedskirchen der Kirchengemeinschaft in 30 Ländern Europas und Südamerikas.

Die Vollversammlung der GEKE tritt turnusmäßig alle sechs Jahre zusammen. GEKE-Generalsekretär Mario Fischer betonte im Vorfeld der Versammlung in Sibiu, wie wichtig es sei, in diesen Zeiten ein klares christliches und evangelisches Zeugnis zu Fragen der Gegenwart abzugeben und sich dabei an der biblischen Hoffnungsbotschaft zu orientieren.

Im Kontext des Gastgeberlandes Rumänien umfassen die



Rumänien gilt als orthodoxes Land. Doch es gibt auch eine bedeutende evangelische Minderheit – vor allem durch die Siebenbürger Sachsen. Im Bild: gotische Kathedrale und Stadtpfarrkirche in Sibiu mit dem Denkmal für Bischof Georg Daniel Teutsch (1817–1893) Foto: Alexander Brüggemann/KNA

Themen „Migration aus der Perspektive der Länder, aus denen Menschen auswandern“ und „Religiöse, sprachliche und ethnische Minderheiten“. Auch der Umgang der Kirchen mit dem Krieg in der Ukraine, „Interreligiöser Dialog in Zeiten des Nah-Ost-Konflikts“ und „Demokratie und Kirchen“ stehen auf der Agenda.

Grundlage der GEKE ist die sogenannte Leuenberger Konkordie

von 1973. Mit diesem protestantischen Ökumene-Dokument haben die seit der Reformation getrennten lutherischen, reformierten und die aus ihnen hervorgegangenen unierten Kirchen ihre Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft erklärt. Mit der Konkordie sind allerdings die unterschiedlichen Lehrmeinungen zwischen Lutheranern und Reformierten noch nicht vereinheitlicht.

Tschechiens Geheimdienst soll orthodoxe Kirchen kontrollieren

Prag (KNA) Angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine geraten zwei orthodoxe Kirchen in Tschechien ins Visier des Oberhauses des tschechischen Parlaments. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Sicherheit des Senats forderte vergangene Woche die Regierung auf, im eigenen Land Geheimdienste mit der Beobachtung der russisch-orthodoxen Kirche und der autokephalen (eigenständigen) orthodoxen Kirche Tschechiens und der Slowakei zu betrauen. Denn die Senatoren und Senatorinnen befürchten, dass diese Kirchen in Tschechien für die russische Einflussnahme missbraucht werden.

Religionsfreiheit nicht für ausländische Einflüsse

Die Religionsfreiheit dürfe nicht für „den illegalen Einfluss einer feindlichen ausländischen Macht“ genutzt werden, heißt es im Beschluss des Ausschusses. Man wolle nicht, dass eine der beiden Kirchen von der Russischen Föderation „gegen die Interessen der Tschechischen Republik missbraucht wird“, sagte der Ausschussvorsitzende Pavel Fischer (parteilos). Ihm zufolge

müssen die staatlichen Behörden alle rechtlichen Maßnahmen ergreifen, um gegen eine solche Bedrohung vorzugehen. Der für Religionsgemeinschaften zuständige Kulturminister Martin Baxa solle die Lage analysieren und dann Bericht erstatten.

Vor einigen Wochen hatten die tschechischen Behörden einem russisch-orthodoxen Geistlichen die Aufenthaltserlaubnis entzogen, weil er beschuldigt wird, mit Unterstützung der russischen Behörden separatistische Tendenzen in den Staaten der Europäischen Union zu befördern. Er stelle eine Gefahr für die Sicherheit des Landes dar, hieß es. Mitte August sagte Außenminister Jan Lipavsky: „Ich betrachte die russisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats nicht als Kirche und ihre Vertreter nicht als Geistliche“. Der Politiker der Piratenpartei betrachtet die Kirche als „Teil der Repressionsmaschinerie des Kremls“.

Die Prager Eparchie (Diözese) der autokephalen orthodoxen Kirche Tschechiens und der Slowakei kritisierte den Beschluss des Senatsausschusses massiv. Ihr Sprecher schrieb in einer Erklärung, man sei unabhängig von der russisch-orthodoxen Kirche. Es gehe keine Verbindungen zu russischen

Machtstrukturen. Gleichzeitig kritisierte er, dass der Senatsausschuss bei der Vorbereitung des Beschlusses nicht mit Vertretern der Kirche gesprochen habe.

„Das erinnert an den Kommunismus“

Die orthodoxe Kirche beobachtet mit Sorge „Bemühungen staatlicher Behörden, insbesondere des Senats des Parlaments der Tschechischen Republik, die Ereignisse innerhalb unserer souveränen Kirche zu manipulieren und zu kontrollieren“. Bistumsprecher Tomas Jarolim wörtlich: „Es erinnert uns an die Zeiten des kommunistischen Regimes, das sich schamlos in die inneren Angelegenheiten der Kirchen einmischte und ihnen diktierte, was zu tun sei, und Regeln und Gesetze erließ, um eigene Ziele zu erreichen - auch in Personalangelegenheiten.“

Tschechiens Regierung hatte den orthodoxen Moskauer Patriarchen Kyrill I. im April 2023 auf die nationale Sanktionsliste gesetzt, weil er den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unterstützt.

Ordensmann berichtet über Folter in russischer Gefangenschaft

Kiew (KNA) Ein Geistlicher der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche hat von eigenen schlimmen Erfahrungen in russischer Gefangenschaft berichtet. Der Redemptoristenpater Bohdan Heleta war am 16. November 2022 in der von russischen Truppen besetzten ukrainischen Hafenstadt Berdjansk am Asowschen Meer verhaftet worden und erst mehr als 19 Monate später, am 28. Juni, im Rahmen eines Gefangenenaustausches wieder freigekommen.

Heleta sagte in der vergangenen Woche in einem langen Interview mit dem Internetfernsehkanaal seiner Kirche, in den ersten fünf Monaten in einem russischen Straflager in Berdjansk sei er in Einzelhaft die ganze Zeit mit sowjetischen Liedern beschallt worden: „Da wurde mir klar, wie ein Mensch verrückt wird und warum er Selbstmord begeht.“ Aber Gott habe ihm geholfen und das Gebet sei seine Rettung gewesen.

Gemeinsam mit einem anderen Redemptoristen seiner Kirche, Pater Iwan Lewyzyk, kam er dann in das Straflager Horliwka in der Region Donezk. „In Horliwka war es furchtbar, grausam“, so Heleta. Bei seiner Ankunft sei er schwer geschlagen worden. Pater Lewyzyk wurde ihm zufolge sogar so heftig verprügelt, „dass



Ein Konvoi von Bussen, die Ende Juli bei einem Gefangenenaustausch zwischen Russland und der Ukraine eingesetzt wurden. Foto: Imago/Itar-Tass

er zweimal das Bewusstsein verlor“. Auch im Alltag würden die Kriegsgefangenen dort schwer misshandelt.

Für die russischen Behörden sei die ukrainische griechisch-katholische Kirche „eine Sekte, die sich von der orthodoxen Kirche abgespalten hat“. Sie seien überzeugt, „nur sie, die Russisch-Orthodoxen, preisen wirklich Gott, aber gleichzeitig schlagen sie Menschen, können Sie sich das vorstellen?“, so der Ordensmann.

„Jahrhunderte alter religiöser Fanatismus“

„Das ist so ein religiöser Fanatismus, eine historisch gewachsene Haltung, die sich seit Hunderten von Jahren nicht verändert

hat. Genauso wie sich die Überzeugung, dass die ukrainische griechisch-katholische Kirche und wir, die Priester dieser Kirche, ausgerottet und von der Gesellschaft isoliert werden sollten, nicht geändert hat.“

Die Redemptoristen Lewyzyk und Heleta hatten nach der Einnahme von Berdjansk durch die russische Armee im März 2022 weiter für ihre dortige Kirchengemeinde gearbeitet, bis sie verhaftet wurden. Der Nuntius in der Ukraine, Erzbischof Visvaldas Kulbokas, hatte beide nach ihrer Freilassung am Kiewer Flughafen empfangen und die Hoffnung ausgedrückt, sie könnten in ein mehr oder weniger normales Leben zurückkehren.



Lesung mit Christos Yannaras (Mitte, von hinten) 2011 in Bukarest

Foto: fusion_of_horizons/flickr.com

Wahrheit durch unmittelbare Erfahrung

Der griechische Theologe und Philosoph Christos Yannaras starb am 24. August im Alter von 89 Jahren. Er gehörte zu den bedeutendsten orthodoxen Gelehrten. Und auch in Deutschland war er zuhause.

Von Nikolaj Thon

Athen (KNA) Christos Yannaras, einer der bedeutendsten orthodoxen Theologen des 20. Jahrhunderts, ist am Samstag, dem 24. August 2024, in Kythira (Athen), im Alter von 89 Jahren gestorben, wie sein Sohn Spyros auf Facebook bekannt machte. Am 10. April 1935 in Athen geboren, ist er Autor von mehr als 50 Büchern philosophischen und theologischen Charakters, von denen viele in bis zu 12 Sprachen übersetzt wurden, darunter auch ins Deutsche – in eine Sprache, die er selbst gut beherrschte.

Wie begegnen wir der Wirklichkeit, die wir Gott nennen?

Zu nennen ist hier sein Werk „Person und Eros“ (Göttingen 1982), wohl eines der wichtigsten theologischen Werke, die im zwanzigsten Jahrhundert in Griechenland veröffentlicht wurden. Es befasst sich mit der Frage, wie wir der letzten Wirklichkeit begegnen, die wir Gott nennen.

Yannaras argumentiert, dass der intellektuelle Aufstieg zu ersten Prinzipien, der für die westliche philosophische Tradition charakteristisch ist, auf falschen Voraussetzungen beruht. Wir könnten der Wirklichkeit nicht einfach durch begriffliches Wissen begegnen, denn die Erkenntnis der Wahrheit erschöpfe sich nicht in ihrem sprachlichen Ausdruck; sie

werde vielmehr durch unmittelbare Erfahrung erworben.

Es gehe somit darum, über das Problem des Wissens zu einer theologischen Vision der Vereinigung mit der höchsten Form des liebenden, sich selbst transzendierenden und sich selbst anbietenden Wesens zu gelangen. Aus dieser Sichtweise heraus sah Yannaras Theologie – ebenso wie die Philosophie – nicht als akademisches Unternehmen, sondern als ernsthafte Annäherung an die Wirklichkeit in allen für das heutige Leben wichtigen Dimensionen.

Keineswegs unumstritten in seinen Schlussfolgerungen geißelte er vieles von dem, was im Westen, aber auch im Osten als Christentum gilt, als eine „Religionisierung des Glaubens“, so noch in dem 2018 erschienenen Buch „Metaphysics as a Personal Adventure“, einem Gespräch mit dem Oxforder Theologen Norman Russell und gewissermaßen ein Resümee seines Lebenswerkes.

Philosophische Studien führten den Theologen nach Bonn und Paris

Yannaras selbst studierte orthodoxe Theologie an der Universität Athen sowie Philosophie an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und an der Universität von Paris. Er erlangte den Doktorgrad an der Theologischen Fakultät der Aristoteles-Universität Thessaloniki und auch noch an

der Faculté des Lettres et Sciences Humaines der Sorbonne im Bereich Philosophie. Ehrendoktorate verliehen ihm die Universität Belgrad, das St. Vladimir's Seminary in New York, das Hellenic College Holy Cross, die New Georgian Universität in Poti and und die Nationale Kapodistrian Universität von Athen. Gastprofessuren führten ihn an die Universitäten von Paris, Genf, Lausanne und Kreta. Von 1982 bis 2002 war er Professor der Philosophie an der Panteion Universität in Athen und gewähltes Mitglied der Gesellschaft der griechischen Autoren sowie der International Academy of Human Sciences (Brüssel).

International geehrt und in der griechischen Öffentlichkeit präsent

In Griechenland wurde er aber durch seine Zeitungskolumnen und Fernsehauftritte weithin bekannt. Im Jahr 2019 verlieh ihm der Ökumenische Patriarch Bartholomaios das Amt des Archon-Groß-Rhetors der Heiligen Großen Kirche Christi.

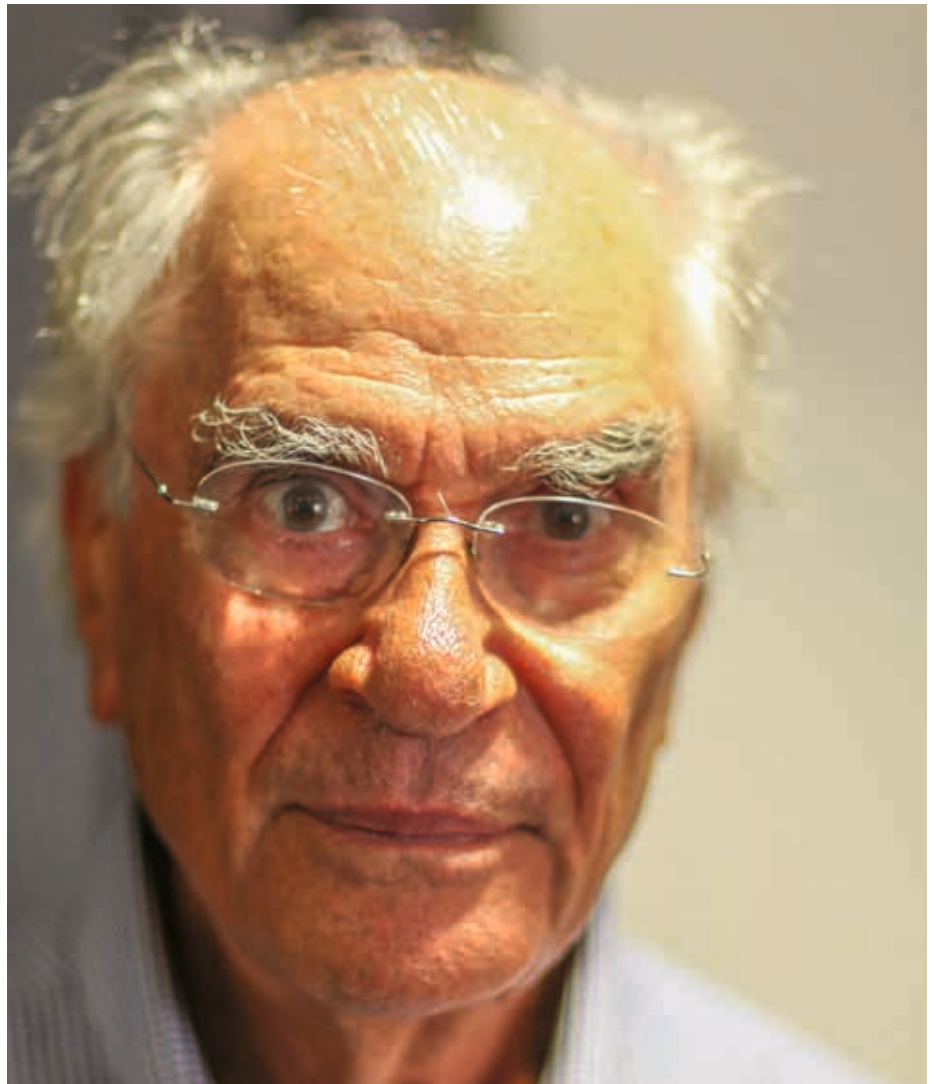
Das Hauptwerk von Yannaras stellt einen langen Studien- und Forschungskurs über die Unterschiede zwischen der griechischen und westeuropäischen Philosophie und Tradition dar, Unterschiede, die sich nicht nur auf die Ebene der Theorie beschränken, sondern auch eine Praxis (Lebensweise) definieren, wie er sie in seinem Werk „Or-

thodoxy and the West, (Brookline, MA, 2006) zusammenfasste. Noch 2012 publizierte er „The Enigma of Evil, und 2013 mit „Against Religion: The Alienation of the Ecclesial Event“ eine Gesamtperspektive der Religionsentwicklung in den letzten Jahrzehnten.

Kirchliche Ethik braucht Materie und Kunst, also Liturgie

Als charakteristisch für seinen ontologischen Ansatz, seine Denkweise und theologische Sprachform kann diese Passage zum „Ethos der liturgischen Kunst“ (Kap. 12 in „The Freedom of Morality“, Crestwood, NY: 1984, S. 231 f.) gesehen werden: „Eine idealistische Ethik, die nichts mit Materie und Kunst zu tun hat, ist nicht in der Lage, das ontologische Ethos der kirchlichen Gemeinschaft zum Ausdruck zu bringen. Wir verstehen dies, wenn wir die organische Identifikation von Kunst und Gottesdienst im Kontext der Eucharistie betrachten.

Der Gottesdienst der Kirche ist Kunst: Er ist das Werk einer gemeinschaftlichen Nutzung der materiellen Wirklichkeit, die das Material der Erde so aufbaut und gestaltet, dass es dem Leben dienen kann, jener existenziellen Fülle des Lebens, die Gemeinschaft und Beziehung ist. Und die Kunst der Kirche ist Gottesdienst; sie ist nicht nur dekorativ, sondern offenbart und unterstreicht die ‚rationalen‘ Möglichkeiten der Mate-



Christos Yannaras beim „Orthodox Theological Research Forum“ 2013 in Oxford
Foto: James Hyndman/CC BY-SA 2.0

rie, die Harmonie des Lobpreises, die von den ‚Worten‘ oder inneren Prinzipien der geschaffenen Dinge gebildet wird, wenn sie dem eucharistischen Ereignis der Gemeinschaft dienen.

Liturgische Zeit und Raum wesentlich für die Eucharistie

Das ‚wahre Leben‘ der Eucharistie wirkt und wird innerhalb der gegebenen Realitäten der Natur ge-

feiert. Die liturgische Zeit der Kirche – die täglichen, wöchentlichen und jährlichen Festzyklen – und ihr liturgischer Raum – die Art und Weise, wie sich die Kirche als dimensionale Einheit durch Architektur und Malerei artikuliert – sind Elemente, die für das Funktionieren der Eucharistie ebenso wesentlich sind wie das Brot und der Wein des Mysteriums; sie sind die direkte Verbindung zwischen der Erlösung des Lebens und der Funktion des Essens und Trinkens“.